

Ministerium für Bildung,
Wissenschaft und Kultur
des Landes Sachsen-Anhalt



VORLÄUFIGE RAHMENRICHTLINIEN

GYMNASIUM

SOZIALKUNDE

Z-V ST

S-3(1991)

Georg-Eckert-Institut BS78



1 008 665 X

VORLÄUFIGE RAHMENRICHTLINIEN

GYMNASIUM

SOZIALKUNDE

An der Erarbeitung dieser Rahmenrichtlinien haben mitgewirkt:

Lutz Bien, Halle
Dr. Siegfried Both, Halle
Dr. Frank Döbler, Halle
Dieter Ehlert, Wernigerode
Dr. Irina Gühne, Halle
Dr. Heike Müller, Halle
Manfred Quentmeier, Braunschweig

Georg-Eckert-Institut
für internationale
Schulbuchforschung
Braunschweig
Schulbuchbibliothek
9714030

Z-V ST
S-3(1991)

Bestell-Nr. 40 600
Graph. Betrieb, Gebr. Garloff GmbH, Magdeburg
Gröperstraße 14, O-3018 Magdeburg

VORWORT

Erstmals in der kurzen und wechselvollen Geschichte des Landes Sachsen-Anhalt zwischen Auflösung und Wiedererstehen seit 1947 gibt eine frei gewählte Landesregierung landeseigene Rahmenrichtlinien für alle Schulformen heraus. Binnen eines halben Jahres – dies ist ein beachtlich kurzer Zeitraum – haben 48 Projektgruppen mit etwa 450 Lehrerinnen, Lehrern, Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern unseres Landes mit Kompetenz, Engagement und Geschick die Rahmenrichtlinien für ihr Fach formuliert.

Dafür möchte ich mich bei allen – auch bei den beratenden Kolleginnen und Kollegen aus den Altbundesländern – ausdrücklich bedanken.

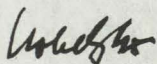
Trotz der Kürze der Zeit und der schwierigen Bedingungen eines schulischen Neuanfangs ist es mit den vorliegenden Richtlinien gelungen, ein Fundament für die geistige Erneuerung unserer Schulen zu schaffen.

Die vorliegenden Richtlinien unterliegen als vorläufige Rahmenrichtlinien einer zweijährigen Erprobungszeit.

In dieser Zeit sind alle Kolleginnen und Kollegen besonders aufgefordert, mir Hinweise und Stellungnahmen zur inhaltlichen Entwicklung und Verbesserung der Schriften zuzuleiten.

In der Beschreibung gewonnener Erfahrungen in Verbindung mit konstruktiver Kritik verwirklicht sich unmittelbares demokratisches Handeln. Geeignete Lehrerfortbildungs-Maßnahmen sollen helfen, den Umgang mit den einzelnen Rahmenrichtlinien zu erleichtern.

Ich wünsche allen Lehrerinnen und Lehrern bei der schöpferischen Arbeit mit den Rahmenrichtlinien viel Erfolg.



Dr. Sobetzko
Minister für Bildung,
Wissenschaft und Kultur

Inhaltsverzeichnis	Seite
1. Aufgaben und Ziele des Sozialkundeunterrichts im Gymnasium	6
1.1. Aufgaben	6
1.2. Fachdidaktische Prinzipien	7
2. Zielrahmen	9
2.1. Leit- und Lernziele	9
2.2. Methodische Fähigkeiten und Fertigkeiten	16
3. Unterrichtsinhalte	18
3.1. Übersicht über die Themenbereiche	18
3.2. Unterrichtsinhalte für Klassen 8 - 10	19
Klasse 8	19
Klasse 9	21
Klasse 10	24
3.3. Unterrichtsinhalte für die Kursstufe	33
Lernfeld I: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland	33
Lernfeld II: Gesellschaft im Wandel	41
Lernfeld III: Wirtschaft im Wandel	48
Lernfeld IV: Marxistisch-leninistisch begründete Herrschaftssysteme und ihr Zusammenbruch	53
Lernfeld V: Internationale Beziehungen im Umbruch	57
4. Unterrichtsorganisation und Unterrichtsverfahren	71
4.1. Methoden	71
4.2. Planung	71
5. Lernkontrollen und Leistungsbewertung	72

1. Aufgaben und Ziele des Sozialkundeunterrichts im Gymnasium

1.1. Aufgaben

Im Sozialkundeunterricht soll das Verständnis der Schülerinnen und Schüler für soziales, wirtschaftliches und politisches Geschehen gefördert und ein Beitrag zur Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf ein Leben in einer freiheitlich demokratischen Gesellschaft geleistet werden. Dazu es es erforderlich, daß sie grundlegendes Wissen, Erklärungsansätze und Beurteilungsmaßstäbe erwerben und befähigt werden, sich mit gegenwärtigen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Erscheinungen und Prozessen sachgerecht auseinanderzusetzen. Die Ziele des Faches Sozialkunde sind an das Grundgesetz und die darin formulierten Grundwerte - wie Menschenwürde, Freiheit, Rechtsgleichheit, soziale Gerechtigkeit, Frieden, Toleranz usw. - gebunden. Diese sind den Schülerinnen und Schülern als Maßstab sozialen und politischen Handelns zu verdeutlichen.

Die Schülerinnen und Schüler sollen im Sozialkundeunterricht die parlamentarische Demokratie als eine Staatsform erkennen, die das Recht und die Freiheit des einzelnen sichert, die aber auf den Grundkonsens der Bürger und deren Eintreten für die Grundwerte angewiesen ist.

Sie sollen die Chancen und Grenzen demokratischen Handelns kennenlernen und so auf die verantwortungsbewußte Wahrnehmung ihrer Pflichten und Rechte als mündige Bürger vorbereitet werden. In diesem Zusammenhang sollen Möglichkeiten der Zukunftsgestaltung durch Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aufgezeigt und diskutiert werden.

Im Sozialkundeunterricht muß deutlich werden, daß es in einer pluralistischen Gesellschaft verschiedene und gegensätzliche Interessen gibt, die sich in der Vielfalt sozialer, politischer und wirtschaftlicher Vorstellungen und Konzepte niederschlagen. Dies soll im Sozialkundeunterricht sichtbar werden.

Auf der Basis von Sachkenntnis und Urteilsvermögen soll der altersgerechte Umgang mit Meinungen, Positionen und Konzepten gefördert werden. Dabei muß deutlich werden, daß und wie es möglich ist, in Streitfragen um gesellschaftliche Probleme eine Lösung anzustreben. Eine unverzichtbare Aufgabe des Sozialkundeunterrichts ist die Auseinandersetzung mit sozialen, wirtschaftlichen und politischen Strukturen und Entwicklungen in der ehemaligen DDR.

In diesem Zusammenhang soll den Schülerinnen und Schülern geholfen werden, die Ursachen und Folgen des Zusammenbruchs des "real existierenden Sozialismus" zu verstehen und zu beurteilen.

1.2. Fachdidaktische Prinzipien

Situations- und Problemorientierung

Situations- und problemorientierter Sozialkundeunterricht baut auf den Sozialerfahrungen der Schülerinnen und Schüler auf, es werden konkrete Lebenssituationen einschließlich ihrer Probleme thematisiert und Möglichkeiten des Umgangs mit ihnen aufgezeigt. Dadurch trägt Sozialkundeunterricht dazu bei, den Erfahrungshorizont der Schülerinnen und Schüler zu erweitern und sie zu betähigen, gewonnene Erfahrungen zu analysieren und zu bewerten.

Handlungsorientierung

Sozialkunde leistet einen Beitrag, Schülerinnen und Schüler zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu betähigen, ohne vorzuschreiben, ob und in welcher Weise die politische Partizipation zu erfolgen hat.

Sozialkunde hilft den Schülerinnen und Schülern, politische, wirtschaftliche und soziale Probleme zu erkennen, Handlungsmöglichkeiten zu diskutieren und deren Folgen abzuwägen. Durch realitätsbezogenes Lernen trägt der Sozialkundeunterricht zur Entwicklung von Handlungskompetenz bei.

Fachwissenschaftliche Orientierung

Der Sozialkundeunterricht ist an Fachwissenschaften - wie Politikwissenschaft, Soziologie, Ökonomie, Rechtswissenschaft, Geschichte, Geographie, Philosophie und Psychologie - in dem Sinne orientiert, daß er aus dem Bereich subjektiver Meinungen, Behauptungen und eventuell bestehender Vorurteile herausführt zu allgemeinen Aussagen, die durch Argumente gestützt und durch Untersuchungsergebnisse belegt werden können. Im Sozialkundeunterricht üben sich die Schülerinnen und Schüler auf altersgemäße Weise in Arbeitsweisen, die sie befähigen, mit politischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen zunehmend selbständig umzugehen.

Aktualitäts- und Zukunftsorientierung

Sozialkunde beschäftigt sich vor allem mit solchen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Situationen und Problemen, die jetzt und in Zukunft für die Menschen in Deutschland, in Europa und der Welt von Bedeutung sind. Die Schülerinnen und Schüler erhalten somit die Möglichkeit, sich mit gegenwärtigen Entwicklungen und Streitfragen auseinanderzusetzen, Folgen von Entscheidungen zu analysieren und Möglichkeiten der Zukunftsgestaltung zu diskutieren. Bei der Frage nach Ursachen und Entwicklung von Problemen ist es oft notwendig, auf den historischen Aspekt zurückzugreifen. Dieser kann jedoch nur einer von mehreren (z.B. dem rechtlichen, politischen, ökonomischen, sozialen) Aspekten zur Erklärung eines Problems sein.

2. Zielrahmen

2.1. Leitziele und Lernziele

L e i t z i e l e beschreiben idealtypisch die allgemeinen Zielsetzungen des Unterrichts. Sie orientieren sich an konkreten Lebenssituationen und deren Bewältigung.

Sie schaffen Grundlagen und Bedingungen, die Schülerinnen und Schüler zum Handeln in der Gesellschaft veranlassen können.

Die **Leitziele** sind für den Sozialkundeunterricht verbindlich, sind jedoch - je nach Unterrichtsgegenstand - durch Lehrerinnen und Lehrer als **Lernziele** für den Unterricht zu konkretisieren. Dabei sind insbesondere die altersgemäßen Zugangsweisen zum Stoff sowie die Vorkenntnisse und sozialen Erfahrungen der Schülerinnen und Schüler zu berücksichtigen. **Leitziele** haben wichtige Funktionen für die Planung des Unterrichts. Sie helfen bei Planungsentscheidungen die gewünschte Richtung des Unterrichts nicht aus den Augen zu verlieren.

L e r n z i e l e stellen in Verbindung zwischen den **Leitzielen** und den zu vermittelnden Inhalten der jeweiligen Lernfelder her. Sie erleichtern die Formulierung der **Unterrichtsziele** und leiten die Auswahl und Strukturierung der Inhalte, Methoden und Unterrichtsmittel. Dabei kann ein Inhalt unter verschiedenen Zielaspekten behandelt werden. Die unter den nachfolgenden **Leitzielen** formulierten **Lernziele** sind nicht vollständig und können von den Lehrenden ergänzt werden.

Die Reihenfolge der Leit- und Lernziele stellt keine Rangfolge dar.

Leitziel 1

Fähigkeit und Bereitschaft, sich mit politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ordnungen, Strukturen und Prozessen auseinanderzusetzen, sie in ihren Wirkungen zu beurteilen und sich an der Willensbildung in Staat und Gesellschaft zu beteiligen.

Lernziele

- Kenntnisse über politische, soziale, wirtschaftliche Ordnungen und Institutionen und deren Aufbau, Aufgaben und Wirkungsweise erwerben,
- politische, soziale, wirtschaftliche Ordnungen sowie deren Entstehung und Entwicklung nach Sinn und Zweck befragen,
- Ordnungen und Strukturen nach wertbezogenen oder auch interessengebundenen Aspekten untersuchen,
- Anspruch und Wirklichkeit politischer, sozialer, wirtschaftlicher Ordnungen miteinander vergleichen,
- Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse analysieren,
- demokratisch legitimierte Ordnungen, Institutionen, Regeln und Entscheidungen respektieren,
- die von der Rechtsordnung legitimierten politischen und sozialen Beteiligungsmöglichkeiten wahrnehmen können,
- Tendenzen zu Anpassung bzw. Widerstand nicht unkritisch nachgeben.

Leitziel 2

Fähigkeit und Bereitschaft, grundlegende Werte und Normen in der Gesellschaft - einschließlich der Rechtsnormen -

zu analysieren und für sie sowie für begründeten Normenwandel im Rahmen unserer Rechtsordnung einzutreten.

Lernziele

- Kenntnisse grundlegender Verfassungs- und Rechtsnormen erwerben,
- Grundwerte der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland verstehen und mit anderen Wertorientierungen vergleichen,
- politische, soziale, wirtschaftliche Ordnungen, Entscheidungen und Verhaltensweisen hinsichtlich der ihnen zugrunde liegenden Werte und Normen untersuchen,
- politisches Verhalten nach Legalität und Legitimität beurteilen,
- den Verbindlichkeitsgrad und die Funktionen von Normen bestimmen und unterschiedliche Interpretationen von Normen analysieren,
- sich für die Veränderung eigener Einstellungen und Verhaltensweisen offenhalten,
- für begründeten Normenwandel im Rahmen der Rechtsordnung eintreten,
- für den Schutz von Menschenrechten sowie für die Einhaltung grundlegender Verfassungs- und Rechtsnormen der Bundesrepublik Deutschland eintreten.

Leitziel 3

Eigene Interessen und die Interessen anderer abwägen sowie Mittel und Wege der Interessendurchsetzung und des Interessenausgleichs prüfen können.

Lernziele

- eigene Interessen und Rechte erkennen, vertreten, Partei ergreifen und sich durch Schwierigkeiten nicht entmutigen lassen,
- Interessen anderer gegen eigene abwägen,
- prüfen, inwieweit eigene Interessen bei Zusammenschluß mit anderen erfolgreich durchgesetzt werden können,
- unterschiedliche Mittel und Wege der Interessendurchsetzung

kennen und sie hinsichtlich ihrer Rechtmäßigkeit und Wirksamkeit beurteilen,

- Benachteiligungen sozialer Gruppen untersuchen und bei der Austragung von Interessenkonflikten für sozial Benachteiligte eintreten,
- beurteilen, ob und inwieweit Interessen des Gemeinwohls über individuelle Interessen gestellt werden können bzw. müssen,
- prüfen, in welchem Maße Lebenschancen zukünftiger Generationen mit gegenwärtigen Ansprüchen kollidieren,
- die in einer freiheitlich demokratischen Grundordnung gegebenen Grenzen bei der Durchsetzung eigener Interessen respektieren.

Leitziel 4

Fähigkeit und Bereitschaft, sich mit Vorurteilen gegenüber Andersdenkenden, fremden Lebensformen und Gesellschaft sowie den ihnen zugrundeliegenden Ideen auseinanderzusetzen und sich um möglichst objektives Betrachten und Handeln zu bemühen.

Lernziel

- Theorien, Auffassungen und Handlungen auf ihre Voraussetzungen hin vorurteilstrei untersuchen,
- Ursachen und Formen vorurteilsbehafteten Denkens und Handelns ermitteln, bewerten und überwinden,
- Interessenbindung und Zeitbedingtheit von politischen Auffassungen, Theorien und politischem Handeln erkennen und bewerten,
- sich der Einflüsse, denen man bei der Urteilsbildung unterliegt, einschließlich ideologischer Bindungen bewußt werden,

- sich neuen, auch unbequemen Informationen und Einsichten öffnen,

Leitziel 5

Fähigkeit und Bereitschaft, politische, soziale, wirtschaftliche und ökologische Probleme zu analysieren und sachgemäß zu beurteilen, Konflikte auszuhalten und sich gegebenenfalls an ihrer Bewältigung zu beteiligen.

Lernziele

- lernen, daß in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ständig unterschiedliche Konflikte auftreten, die eine Lösung erfordern,
- erkennen, daß in Konfliktfällen Maximalforderungen selten durchsetzbar sind und daher Kompromisse gesucht werden müssen,
- Mechanismen der Regelung im Staat kennen,
- Ursachen und Regelungen internationaler Konflikte untersuchen und bewerten,
- Interessen, Vorgehensweisen der jeweiligen anderen Seite bei der Konfliktregelung analysieren und in die eigenen Überlegungen einbeziehen,
- Formen der Konfliktregelung auf Legitimität, Legalität, Angemessenheit der Mittel hin prüfen und bewerten,
- gewaltfreie Formen der Konfliktaustragung suchen,
- bei der Austragung von Konflikten Belastungen und mögliche Nachteile aushalten.

Leitziel 6

Fähigkeit und Bereitschaft, mit Informationen - insbesondere der Massenmedien - kritisch umzugehen und einen eigenen Standpunkt zu finden.

Lernziele

- sich selbständig und fortlaufend mit Hilfe von Zeitung, Rundfunk oder Fernsehen über gesellschaftliches Geschehen informieren,
- Organisation, Struktur und rechtliche Grundlagen der Informationsverbreitung erfassen,
- Techniken der Informationsbeschaffung und -verarbeitung analysieren und nutzen,
- Informationen auf Absicht und Wirkung hin untersuchen,
- feststellen, inwieweit Medien der Wahrheits- und Sorgfaltspflicht genügen,
- prüfen, in welchem Maße und in welcher Weise Informationsfreiheit und Meinungsvielfalt verwirklicht sind,
- manipulierende Tendenzen in der Übermittlung von Informationen beachten und sich bemühen, ihnen entgegenzutreten.

Leitziel 7

Fähigkeit und Bereitschaft, sich mit unterschiedlichen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Theorien und Konzeptionen auseinanderzusetzen, die daraus resultierenden Folgen erkennen und Alternativen entwickeln.

Lernziele

- sich mit gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Theorien, Positionen und Konzepten auseinandersetzen,
- Kenntnisse über konkurrierende Auffassungen erwerben,
- gegenwärtige Verhältnisse auf frühere Entscheidungen zurückführen und die unberücksichtigten Möglichkeiten herausfinden,
- Auswirkungen verschiedener wirtschaftlicher, politischer bzw. sozialer Entscheidungsmöglichkeiten auf künftige Lebensbedingungen erkennen und abwägen,
- unterschiedliche Zielsetzungen oder Maßnahmen zur Lösung eines Problems miteinander vergleichen und sie gegeneinander abwägen.

Leitziel 8

Fähigkeit und Bereitschaft, die Komplexität, politische, soziale, wirtschaftliche und ökologische Sachverhalte zu erfassen, deren Bedingungen und Wirkungen zu erkennen und bei der Meinungsbildung zu berücksichtigen.

Lernziele

- Entscheidungen, Handlungen und Auffassungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nach ihren Abhängigkeiten und Wechselbeziehungen beurteilen,
- Folgen historischer und gegenwärtiger Entscheidungen einschätzen und bewerten,
- einseitige Deutungen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Entscheidungen erkennen,
- sich um ein begründetes Urteil bemühen, zugleich jedoch Grenzen der eigenen Sachkompetenz bei politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen erkennen.

2.2. Methodische Fähigkeiten und Fertigkeiten

Als eine wesentliche Voraussetzung für eine selbständige Informationsbeschaffung, rationelle politische Urteilsbildung und ein selbstbestimmtes Handeln müssen die Schülerinnen und Schüler auch fachspezifische methodische Fähigkeiten und Fertigkeiten erwerben. Die methodischen Fähigkeiten und Fertigkeiten müssen im Sozialkundeunterricht durch Erklären, Anwenden und Üben gelernt und weiter ausgeprägt werden, so daß die Schülerinnen und Schüler in der Lage sind, diese zunehmend selbständig und differenziert anzuwenden.

Für das Fach grundlegende Fähigkeiten und Fertigkeiten sind:

1. Techniken der Informationsbeschaffung

- Nachschlagewerke und fachspezifische Literatur benutzen,
- Massenmedien als Informationsquelle nutzen,
- Informationen aus politischen Schriften (Parteiprogramm, Verbandsbroschüren, Regierungsmitteilungen, Flugblätter u.a.) zu unterrichtsrelevanten Themen sammeln,
- Experten, Betroffene, Zeitzeugen u. a. befragen.

2. Fähigkeiten und Fertigkeiten bei der Auswertung der Materialien

- Materialien in ihrem situativen Context erfassen und bewerten (politische Bedeutung des Autors, Ort, Datum, Anlaß, historisch-politischer Zusammenhang, Aussageabsicht, Zielgruppe),
- Texte sachangemessen erfassen, Wesentliches von Unwesentlichem erfassen, Meinungen und Tatsachen unterscheiden, Fachbegriffe erläutern, Textaussagen thesenartig zusammenfassen und erklären, Materialien unter ausgewählten Gesichtspunkten gliedern, Begriffe und Sachzusammenhänge erläutern,

- vorgetragene Meinungen bewerten, mit anderen Positionen vergleichen, verschiedene Argumente gegeneinander abwägen und abschließend beurteilen, Argumentationsgänge prüfen, Stellung nehmen und sich Maßstäbe bewußt machen,
- Karrikatur, Graphik und Statistik beschreiben und interpretieren sowie die Art der Darstellung kritisch bewerten, Bilder, Filme, Plakate u.a. analysieren und bewerten.

3. Kommunikative Fähigkeiten

- Formen des Gespräches im Unterricht beherrschen (Unterrichtsgespräche, Diskussion, Debatte, Expertenbefragung ...)
- demokratische Verfahrensregeln kennen und anwenden (Diskussionsleitung, Geschäftsordnung, Anträge, offene und geheime Abstimmungen und Wahlen ...)
- gemeinsame Arbeitsvorhaben planen, eigene Ideen vortragen, mit anderen koordinieren und über die Vorgehensweise abstimmen, die einzelnen Schritte festlegen,
- Sachverhalte aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft selbständig darstellen (Protokoll, Schaubild, Referat ...)

3. Unterrichtsinhalte

3.1. Übersicht über die Themenbereiche

- Klasse 8: Zusammenleben in der Familie ¹⁾
Schüler und Schule
Jugendliche und Freizeit
Mit Medien umgehen
Konsum und Gesellschaft
- Klasse 9: Demokratische Grundrechte im Rechtsstaat ¹⁾
Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland ¹⁾
Politik in der Kommune
Die Umwelt erhalten
Suchtgefahren begegnen
- Klasse 10: Demokratie im Parlament ¹⁾
Europa wächst zusammen
Friedens- und Sicherheitspolitik
Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern
Ausländer in der Bundesrepublik
Umgang mit Rechten
Die soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland ¹⁾
Beruf und Berufswahl

- 1) Diese Themen sind verbindlich.
Das Thema "Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland" ist in zeitlicher Nähe zu Wahlen zu behandeln.

Weiterführende Überlegungen zur Planung sind dem Abschnitt 4.2. zu entnehmen.

3.2. Unterrichtsinhalte für Klassen 8 - 10

Klasse 8

Themenbereich: Zusammenleben in der Familie

Leitende Aspekte:

- Fähigkeit und Bereitschaft, Werte und Normen nach denen wir leben, zu erkennen und - soweit wie möglich - zu verstehen
- Bedeutung der Familie für die eigene Sozialisation erkennen
- Ursachen von Problemen und Konflikten in der Familie erkennen, sich mit Motiven und Interessen aller Beteiligten auseinandersetzen und Kompromisse suchen

Inhalte:

- Familie früher und heute - Traditionen, Konventionen und Rollen im Wandel (Familien unterschiedlicher Kulturen, alternative Formen des Zusammenlebens)
- Rollenverhalten in der Familie
- Rechte und Pflichten der Familienmitglieder
- Austragung von Interessenkonflikten
- Familienpolitik der Bundesregierung

Themenbereich: Schüler und Schule

Leitende Aspekte:

- die dem Zusammenleben in der Schule zugrunde liegenden Normen kennen
- Rechte und Pflichten als Schülerinnen und Schüler kennen und wahrnehmen
- Möglichkeiten der Interessenvertretung in der Schule kennen und wahrnehmen lernen

- Inhalte:
- Funktion und Bedeutung der Schule
 - Rechte und Pflichten der Schülerinnen und Schüler
 - Formen demokratischer Mitwirkung in der Schule
 - Probleme des Zusammenlebens in der Klasse
 - Lehrer und Schüler

Themenbereich: Jugendliche und Freizeit

- Leitende Aspekte:
- Freizeit als Möglichkeit für selbstverantwortete Lebensgestaltung begreifen
 - örtliche Angebote für die Gestaltung der Freizeit kennen, auswählen und nutzen lernen

- Inhalte:
- Freizeitbedürfnisse - Freizeitangebote
 - Freizeit in der Gruppe
 - Möglichkeiten eigener Freizeitgestaltung

Themenbereich: Mit Medien umgehen

- Leitende Aspekte:
- Stellung und Bedeutung von Medien im Prozeß der Information, Kommunikation und Meinungsbildung kennen
 - Möglichkeiten und Techniken der Meinungsmanipulation durch Medien erkennen
 - Fähigkeit und Bereitschaft fördern, sich mit Hilfe von Medien regelmäßig zu informieren

- Inhalte:**
- Grundrecht der Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit
 - die Medienlandschaft in der Bundesrepublik Deutschland
 - Mediengebrauch im Alltag
 - Aufbau und beabsichtigte Wirkungen von Medien (am konkreten Beispiel)

Es wird empfohlen, im Zusammenhang mit der Bearbeitung vorstehender Thematik durch die Schülerinnen und Schüler eine eigene Schülerzeitung oder Schülersendung erstellen zu lassen.

Themenbereich: Konsum und Gesellschaft

- Leitende Aspekte:**
- Stellung als Konsument erkennen
 - eigene Verbrauchergewohnheiten erkennen und prüfen
 - sich als Adressat von Werbung begreifen und mit Werbung umgehen können

- Inhalte:**
- Konsumgesellschaft und ihre Probleme
 - Funktion, Bedeutung und Werbetechniken in der Konsumgesellschaft
 - Verbraucherschutz in der Bundesrepublik Deutschland

Klasse 9

Themenbereich: Demokratische Grundrechte im Rechtsstaat

- Leitende Aspekte:**
- Bedeutung des Rechtsstaates für den Einzelnen
 - Möglichkeiten der Wahrnehmung demokratischer Grundrechte kennen und ihre Grenzen respektieren

- Inhalte:
- Bedingungen zur weiteren Ausgestaltung des Rechtsstaates kennenlernen
 - Grundrechte und ihre Verankerung im Grundgesetz
 - Schutz der Grundrechte
 - Minderheitenrechte
 - Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse in der pluralen Gesellschaft
- Themenbereich: Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland
- Leitende Aspekte:
- Bedeutung freier Wahlen für eine pluralistische Gesellschaft verstehen
 - Wahlsysteme und Wahlentscheidungen unter dem Aspekt der Machtverteilung und -kontrolle verstehen und bewerten lernen
- Inhalte:
- Funktionen von Wahlen
 - Merkmale des Wahlrechts in der Bundesrepublik Deutschland
 - vergleichende Betrachtung von Wahlsystemen
 - Kandidatenaufstellung, Wahlkampf, Wahl
 - Regierungsbildung im Ergebnis einer Wahl
 - Wahlen in der ehemaligen DDR
- Themenbereich: Politik in der Kommune
- Leitende Aspekte:
- wichtige Institutionen der Stadt/Gemeinde und ihre Funktionen kennenlernen

- unterschiedliche Zielvorstellungen zur Lösung anstehender Probleme kennen und gegeneinander abwägen
- getroffene Entscheidungen analysieren
- eigene Interessen und Positionen erkennen und vertreten

Inhalte:

- Aufgaben des Stadt- und Gemeinderates
- Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse in der Stadt/Gemeinde (anhand eines aktuell zu lösenden Problems)
- Möglichkeiten der Einflußnahme auf Entscheidungen in der Stadt/Gemeinde
- politische Rahmenbedingungen für demokratisches Handeln in der Stadt/Gemeinde

Themenbereich:

Die Umwelt erhalten

Leitende Aspekte:

- sich der eigenen Verantwortung für die Umwelt bewußt werden und Bereitschaft entwickeln, sich für den Erhalt der natürlichen Umwelt einzusetzen
- politische, wirtschaftliche und soziale Regulative zur Verminderung der Umweltbelastungen kennenlernen
- Interessenkonflikt Ökonomie und Ökologie erkennen

Inhalte:

- Umweltprobleme und ihre Ursachen
- rechtliche Probleme des Umweltschutzes (z.B. Verbraucherschutz, Gesundheitsschutz, Bundesnaturschutzgesetz, Bundesemissionsschutzgesetz, EG-Normen, Individualklage)

- aktuelle kommunale und regionale Umweltprobleme
- Umweltschutzorganisationen und Institutionen
- grenzüberschreitende Folgen von Umweltzerstörung und Umweltpolitik

Es wird empfohlen, vorstehende Thematik an einem noch nicht gelösten Umweltproblem der Kommune oder Region zu realisieren. Eine Kopplung an den Themenbereich "Politik in der Kommune" ist besonders zu empfehlen.

Themenbereich: Suchtgefahren begegnen

- Leitende Aspekte:
- Fähigkeit und Bereitschaft entwickeln, Ursachen der Drogenproblematik zu erkennen
 - Konzepte zur Aufklärung und Suchtprävention kennenlernen und bewerten können
 - Bereitschaft fördern, Probleme ohne Alkohol, Rauschmittel oder Medikamente zu lösen

- Inhalte:
- Einstellungen von Jugendlichen und Erwachsenen zu den verschiedenen Arten von Suchtmitteln
 - Ursachen des Suchtmittelkonsums
 - Folgen des Suchtmittelkonsums für den Einzelnen und die Gesellschaft
 - Konzepte zur Einschränkung des Suchtmittelkonsums und ihre Umsetzung

Klasse 10

Themenbereich: Demokratie im Parlament

- Leitende Aspekte:
- Bedeutung der Verfassungsorgane für die freiheitlich demokratische Grundordnung erkennen und bewerten

- Funktionszusammenhänge zwischen den obersten Verfassungsorganen analysieren
- den Umgang unterschiedlicher politischer Kräfte des Bundestages miteinander analysieren

Inhalte:

- Aufgaben und Arbeitsweise des Bundestages
- Bundespräsident, Bundestagspräsident, Bundeskanzler, Bundesminister - Aufgaben und Kompetenzen
- Machtausübung und Machtkontrolle im Parlament
- Bundestagsabgeordnete bei der Wahrnehmung ihres Mandats

Themenbereich:

Europa wächst zusammen

Leitende Aspekte:

- sich bewußt werden, daß die europäischen Staaten politisch und wirtschaftlich aufeinander angewiesen sind
- Konzepte zur westeuropäischen und gesamteuropäischen Integration kennenlernen und analysieren
- Bewußtmachen von regionalen, nationalen und ethnischen Besonderheiten für das Zusammenwachsen Europas
- die Wandlungsprozesse in Osteuropa als neue Herausforderungen und Möglichkeiten für den europäischen Einigungsprozeß verstehen

Inhalte:

- bisherige Entwicklung, gegenwärtiger Stand und Ziele europäischer Einigungsbestrebungen
- Entstehung, Aufbau und Kompetenzen und Wandel wichtiger europäischer Institutionen

- Wandlungsprozesse in Osteuropa und ihre Auswirkungen auf die westeuropäische Integration
- Probleme im Zusammenleben der europäischen Staaten und Konzepte zu deren Lösung
- Auswirkungen der fortschreitenden europäischen Integration auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger

Themenbereich:

Friedens- und Sicherheitspolitik

Leitende Aspekte:

- Kennenlernen der Friedens- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung in der NATO
- die sich verändernden Rahmenbedingungen für die Friedens- und Sicherheitspolitik analysieren können
- Möglichkeiten internationaler Konfliktbeilegung unter dem Aspekt von Frieden und Sicherheit beurteilen
- Zusammenhänge zwischen innerem und äußeren Frieden verstehen

Inhalte:

- die Friedens- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung im Rahmen der NATO
- Abkommen und Verhandlungen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung
- Auseinandersetzungen um Friedens- und sicherheitspolitische Konzepte
- Wehrpflicht, Kriegsdienstverweigerung und Wehersatzdienst
- der Zusammenhang zwischen innerem und äußeren Frieden

Themenbereich: Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern

Leitende Aspekte:

- Erfassen der Ursachen und Tragweite des Nord-Süd-Konflikts
- Differenzen zwischen Ansprüchen und Ergebnissen der Entwicklungspolitik kennenlernen und analysieren
- Bedeutung der Zusammenarbeit von Industrie und Entwicklungsländern für die Zukunft der Welt erfassen
- Konsequenzen der Entwicklungspolitik für das eigene Leben erfassen

Inhalte:

- Situation der Entwicklungsländer und ihre Ursachen
- staatliche, nichtstaatliche und internationale Konzepte, Träger und Formen der Entwicklungspolitik
- Motive für Entwicklungspolitik
- Interessenkonflikte und Übereinstimmungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern

Themenbereich: Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland

Leitende Aspekte:

- Situation der Ausländer im Spannungsfeld von Integration und kultureller Selbständigkeit kennenlernen
- Auswirkungen des Aufenthalts großer ausländischer Minderheiten auf das gesellschaftliche Leben der Bundesrepublik hinterfragen
- Prüfen des persönlichen Verhältnisses zu Ausländern

- Inhalte:
- individuelles, gruppenspezifisches und gesamtgesellschaftliches Verhalten gegenüber Ausländern in der Bundesrepublik
 - Ausländerpolitik der Bundesregierung
 - rechtliche Situation der Ausländer in der Bundesrepublik
 - Lebensverhältnisse der Ausländer in der Bundesrepublik

Themenbereich: Umgang mit Rechten

- Leitende Aspekte:
- grundlegende Kenntnisse über Aufbau und Funktion der Rechtssprechung und deren Stellung in der Demokratie erwerben
 - Kenntnis über die für Jugendliche bedeutsamen Gesetze erlangen
 - sein Recht kennen und Fähigkeit und Bereitschaft erwerben, es wahrzunehmen

- Inhalte:
- allgemeine Menschenrechte und Grundrechte
 - Aufgaben des Rechts
 - Rechtsstaat und Gewaltenteilung
 - Rechtsstellung der Jugendlichen
 - Gesetze, die für Jugendliche Bedeutung haben und ihre Auswirkung auf die persönliche Lebensgestaltung

Themenbereich: Die soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland

- Leitende Aspekte:
- in Grundfragen der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland einführen

- eigene Bindungen an wirtschaftliche Strukturen und Prozesse erkennen und analysieren
- Entwicklung des Verständnisses für aktuelle wirtschaftliche Diskussionen in der Bundesrepublik befördern

Inhalte:

- Wesen und Voraussetzungen der sozialen Marktwirtschaft
- Entstehung, Konzept und Realität der sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland
- Möglichkeiten und Grenzen wirtschafts- und sozialpolitischer Einflußnahme des Staates
- das System der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik
- die soziale Marktwirtschaft im Vergleich zur Zentralverwaltungswirtschaft

Beruf und Berufswahl

Da sich Arbeits- und Berufswelt in einem grundlegenden Wandel befinden, ist es für die Lebensplanung der Jugendlichen außerordentlich wichtig, daß jeder von ihnen bereits vor dem Eintritt in die Kursstufe grundlegende Informationen über die Vielfalt und Zukunftsperspektiven der heute angebotenen Berufsbilder erhält, um ernsthaft seine individuelle Entscheidung vorzubereiten.

Zentrales Anliegen des Berufswahlunterrichts ist es, Schülerinnen und Schüler an Probleme und Strategien der Berufswahl heran zuführen und sie dazu anzuleiten, Berufswahl systematisch und eigenverantwortlich zu betreiben.

Dazu ist es notwendig, daß sie zunächst ihre Fähigkeiten, Berufsneigungen und -interessen erkennen und deren Entstehung im Zusammenhang von Familie, Freundeskreis, Medien, Schule u.a. reflektieren. Aufgabe der Schule und der Berufsberater ist es, hierbei über berufliche Anforderungen, Ausbildungsgänge, Berufswege sowie berufsrelevante Entwicklungen und Strukturen der Arbeits- und Berufswelt zu informieren und die Schülerinnen und Schüler anzuleiten, die vielfältigen Informations- und Beratungsangebote für ihre eigene Berufswahlvorbereitung zu nutzen. Von vornherein sollten dabei berufliche Alternativen mit durchdacht werden, die es ihnen erleichtern, auf Veränderungen in der Arbeits- und Berufswelt zu reagieren.

Mögliche Themenbereich eines handlungsorientierten Berufswahlunterrichts:

- Vorinformation der Eltern (Elternabend, evtl. mit Schülerinnen und Schülern)
- Vorstellungen und Erwartungen (Traumberuf und Realität) sowie Ängste und Befürchtungen der Schülerinnen und Schüler (Voreinstellungen zur Berufswahl äußern)
- Arbeits- und Berufswelt im Wandel (Übersichten, Trends, Berichte sammeln und ordnen, evtl. Wandzeitung erstellen)

- Berufswahlhilfen besonders des Arbeitsamtes (STEP-Berufsfindungstest besorgen, durchführen und auswerten)
- Hilfen der Schule (gezielte Arbeit mit Berufslexika, berufskundliche Zeitschriften und Filme, Schulfernsehen usw.)
- Berufsinformationszentrum (BIZ) (Vorbereitung, intensive Information, Auswertung der Schüleraktivitäten)
- Berufsberater in der Schule (regelmäßige, feste Beratungszeiten, Mithilfe im Berufswahlunterricht nach Vereinbarung)
- Berufs-/Betriebserkundungen (Vorbereitung, Beobachtung und Befragung von Berufsvertretern, Auswertung)
- Bewerbungsgespräche und -schreiben (problem. Fallbeispiele, individuelles, praktisches Üben, Bewerbungen an Praktikumsbetriebe)
- Eignungstests (Beispieltests besorgen und üben, Problematisierung von Testsituationen u. Anforderungen)
- Vorstellungsgespräch (Simulation von Vorstellungsgesprächen, Vorbereitungsstrategien abklären)
- Absage - was nun? (Fallbeispiele, berufl. Alternativen?)
- Rechte und Pflichten in Ausbildung und Praktikum (Arbeitszeit, Jugendarbeits- und Unfallschutz, Kranken- u. Haftpflichtversicherung)
- Berufs-/Betriebspraktikum (Vorbereitung, Protokolle u. Ausarbeitungen in einer Praktikumsmappe, Besuche des Praktikumsleiters)
- Auswertung (kritische Reflexion mit den Beteiligten, evtl. schon im Betrieb, Bestätigung oder Änderung des Berufswunsches?)

Diese Berufsvorbereitung soll vom Sozialkundelehrer mit Unterstützung des Berufsberaters durchgeführt und durch Betriebserkundungen ergänzt werden.

Die Durchführung eines Betriebspraktikums wäre in diesem Zusammenhang sinnvoll, da die Schülerinnen und Schüler auf den selbstgewählten Praktikumsplätzen erste Erfahrungen mit der Berufs- und Arbeitswelt sammeln könnten. Sie wird jedoch wegen der noch unterschiedlichen örtlichen Gegebenheiten vorerst freigestellt.

3.3 Unterrichtsinhalte für die Kursstufe

Lernfeld I: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland

Im Rahmen des Lernfeldes I soll das Verständnis für das politische System der Bundesrepublik durch Einsicht in die grundlegenden Verfassungsstrukturen und Willensbildungsprozesse entwickelt werden.

Der Unterricht baut auf dem im Sekundarbereich I erworbenen Wissen über das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland auf.

Er ermöglicht tiefergehende Einsichten in die Verfassung, die den rechtlichen Rahmen, für unser politisches Handeln und Entscheiden im staatlichen wie im vorstaatlichen Bereich darstellt. In diesem Zusammenhang ist die Bundesstaatlichkeit mit ihren vielfältigen Implikationen zu behandeln.

Die Schülerinnen und Schüler sollen sich mit den Grundgedanken der parlamentarischen und pluralistischen Demokratie, deren Formulierungen im Grundgesetz und ihrer Auswirkungen im Alltag auseinandersetzen. Sie sollen erkennen, was Rechts- und Sozialstaatlichkeit bedeutet, wie beides in der Bundesrepublik Deutschland verwirklicht ist und welche Partizipationsmöglichkeiten zur weiteren Ausgestaltung des politischen Systems bestehen.

Dabei ist von besonderer Bedeutung, daß die Grundrechte Schutzrechte für jeden einzelnen sind. Zugleich stellen sie Leitlinien für das Handeln des Staates dar. Die Lernenden sollen verstehen, daß der soziale Rechtsstaat einen normativen Rahmen bildet.

Bei der Beurteilung eines politischen Systems hat die Freiheit des Bürgers besonderen Rang.

In einer Demokratie ist die Freiheit des einen durch die Freiheit des anderen begrenzt.

Der Wert der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland kann durch Vergleich mit anderen Staatsverfassungen aus Vergangenheit und Gegenwart ermessen werden.

Einen Schwerpunkt solcher Vergleiche soll die Auseinandersetzung mit der Kluft zwischen Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit der ehemaligen DDR bilden.

In diesem Zusammenhang sollte die Geschichte der Demokratiebewegungen in der ehemaligen DDR aber auch in anderen osteuropäischen Ländern einbezogen werden.

- Inhalte

A Sachaspekte

1. Grundrechte

- Theoretische Begründung und historische Entwicklung der Grundrechte
- Unterscheidung der Grundrechte nach Menschen- und Bürgerrechten; Bedeutung dieser Entscheidung für die gesellschaftliche Praxis
- die Bedeutung der Grundrechte für den Bürger, Spannungsverhältnisse zwischen einzelnen Grundrechten
- besondere Stellung der Grundrechte im politischen System: Unveränderbarkeit der Grundrechte in ihrem Wesensgehalt; Möglichkeit zur Klage beim Bundesverfassungsgericht; Schutz der Grundrechte gegen ihren Mißbrauch;
- zulässige Einschränkung von Grundrechten durch Notstandsverfassung und allgemeine Gesetze auf der Grundlage des Gesetzesvorbehalts
- Einklagbarkeit der Grundrechte beim Bundesverfassungsgericht; ihre Interpretation durch das Verfassungsgericht
- Grundrechtssituation in der ehemaligen DDR (verfassungsmäßige Ausgestaltung; Realisierung in der gesellschaftlichen Wirklichkeit; Ursachen und Auswirkungen auf den einzelnen Bürger)

2. Der Rechtsstaat

- Idee, Entstehung und Entwicklung des Rechtsstaates in Deutschland
- grundlegende Merkmale des Rechtsstaates (Freiheitssicherung; Rechtsgleichheit, Rechtssicherheit, Rechtsschutz, Mäßigung und Kontrolle der Staatsgewalt) und seine Bedeutung für den Bürger; Rechtsstaatlichkeit als Verfassungsprinzip
- fehlende Rechtssicherheit in der DDR, Ursachen und Auswirkungen
- Setzung und Weiterentwicklung von Rechtsnormen durch parlamentarische Entscheidungen (sog. Demokratiegebot)
- Bedeutung der Gewaltenteilung für die Ausgestaltung des Rechtsstaates und ihre Bedeutung für den Bürger, das Problem der Freiheitssicherung gegenüber und mit staatlicher Macht
- Organe der Rechtspflege und Instanzen der verschiedenen Gerichtsbarkeiten
- Prinzipien und Handhabung des Strafvollzugs
- Jugendrecht

3. Organisation der Interessen und der politischen Beteiligung

a) Parteien

- Merkmale und Aufgaben der Partei (Parteibegriff, Typen von Parteien, Funktion von Parteien)
- Parteipluralismus als Merkmal der freiheitlichen demokratischen Grundordnung; Chancengleichheit von Parteien in der politischen Wirklichkeit
- Entwicklung einzelner Parteien und das Parteiensystem in der Bundesrepublik Deutschland, Parteiprogramme und ihr Wandel
- Soziologie der Parteien
- Organisation von Parteien und innerparteiliche Willensbildung

- Rechtliche Ordnung des Parteiwesens (Parteiengesetz, Parteienfinanzierung, Parteienverbot)
- Ausformung des Parteienstaates, Parteien im Parlament, Funktionen und Wirkungen von kleinen Parteien
- Einstellung der Bevölkerung zu den Parteien
- Probleme der Parteidemokratie
- Parteienlandschaft in der ehemaligen DDR, die führende Rolle der SED, Aufgaben der Blockparteien

b) Bürgerbewegungen

- Demokratieverständnis; Kritik an der repräsentativen Demokratie, am Parteien- und Verbändestaat
- Unterschiede zwischen Bürgerbewegungen und Parteien (Funktionen, Ziele und Organisationsstrukturen)
- Aktionsbereiche und Aktionsbündnisse von Bürgerinitiativen
- Formen der politischen Einflußnahme und Durchsetzungschancen von Bürgerbewegungen im außerparlamentarischen Bereich, die Bürgerbewegung im Herbst 1989
- Vereinbarkeit von Bürgerbewegungen und parlamentarischem System

c) Verbände

- Unterschiede zwischen Parteien und Verbänden
- Arten und Aufgaben von Verbänden
- Bedeutung im politischen System, Funktionen der Verbände
- rechtliche Verankerung der Verbände
- Aufbau der Verbände und innerverbandliche Demokratie
- politische Mitwirkungsmöglichkeiten; Adressaten der Verbandspolitik; Konfliktfähigkeit von Interessen
- Faktoren des politischen Einflusses von Verbänden (z.B. Finanzkraft; Mitgliederzahl; Ansehen; Zugehörigkeit von Verbandmitgliedern zu Parteien, Parlamenten etc.); die Macht der Verbände
- nichtorganisierte Interessen
- Chancen und Risiken des Verbandwesens

- Ursachen und Auswirkungen des unterentwickelten Verbandswesens in der ehemaligen DDR

d) Kirchen

- Einflußnahme der Kirchen auf die Politik
- die Bedeutung der Kirche im politischen System der ehemaligen DDR

4. Wahlen

- Bedeutung und Funktion von Wahlen
- Wahlsysteme und Wahlrechtsgrundsätze
- Formen der Kandidatur, Wahl- und Auszählverfahren
- Wahlkampf, Wahlkampffinanzierung, politische Strategien der Wahlbewerber im Wahlkampf
- Wahlbeteiligung und Herrschaftslegitimation
- Sperrklausel und Mitwirkungsrechte von Minderheiten
- Freie Wahlen und Wahlen in der ehemaligen DDR
- Reformvorschläge zum Wahlrecht
- Spezifika von Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen

5. Regierungssystem und politische Willensbildung

- Volkssouveränität in der repräsentativen Demokratie
- Bundesstaat, Zentralstaat, Staatenbund
- der Deutsche Bundestag (Entstehung, Aufgaben, Rechte, soziale Zusammensetzung) und sein Zusammenwirken mit anderen Verfassungsorganen)
- der Bundesrat (Zusammensetzung, politische Bedeutung)
- die Bundesregierung und ihr Zusammenwirken mit anderen Verfassungsorganen, Kompetenzen des Bundeskanzlers und der Bundesminister, Regierungsbildung und Willensbildung in Koalitionsregierungen
- der Bundespräsident (Wahl und Befugnisse)
- die verfassungsrechtliche Stellung der Bundesländer, Abgrenzung der Aufgaben und Rechte von Bund und Ländern

- der Abgeordnete; freies versus imperatives Mandat, Immunität, Fraktionsdisziplin und Fraktionswechsel, freies Mandat und Mitgliedschaft in Verbänden, freies Mandat und Diäten/Aufwandsentschädigungen
- die Opposition im parlamentarischen Prozeß (Rechte, Einflußmöglichkeiten, Wirksamkeit)
- das klassische Prinzip der Gewaltenteilung und seine Begründung
- Gewaltenteilung im parlamentarischen System der Bundesrepublik Deutschland
- die Bürokratie (Merkmale, Ursachen, Reformansätze), Effizienz und Kosten der Verwaltung
- das Prinzip der wehrhaften Demokratie, öffentlicher Dienst und Extremismus, der Verfassungsschutz

6. Demokratie auf kommunaler Ebene

- Die Stellung der Gemeinden im politischen System, Grundtypen von Kommunalverfassungen
- kommunalpolitische Handlungsträger und Partizipationsmöglichkeiten
- Entstehung, Entwicklung und Funktionsweise der kommunalen Selbstverwaltung
- Grundlagen und Probleme der kommunalen Selbstverwaltung (politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, kommunale Finanzverfassung, Rechte bei der Regelung örtlicher Angelegenheiten, staatliche Kommunalaufsicht)
- Formen der lokalen Öffentlichkeit in der Kommune
- kommunales Wählerverhalten

7. Massenmedien

- Funktion der Medien
- verfassungsrechtliche Grundsätze und wichtige gesetzliche Bestimmungen für Presse, Funk und Fernsehen
- Pressefreiheit und Pressekonzentration
- privatwirtschaftliche und öffentlich-rechtliche Organisation der Medien

- Programmgestaltung bei Funk- und Fernsehen, privatwirtschaftlich versus öffentlich-rechtlich
- Finanzierung von Presse, Funk und Fernsehen, Einflüsse, Abhängigkeiten
- Medienwirkung und Sozialisationseffekte
- Einfluß von Parteien und Verbänden auf Presse, Funk und Fernsehen
- neue Medien (Video, Bildschirm, Kabel usw.) und der kritische Umgang damit

8. Das politische System der DDR

- Der demokratische Zentralismus als grundlegendes Organisationsprinzip in Staat und Gesellschaft
- führende Stellung und Funktion der SED
- Aufgaben der anderen Parteien und Massenorganisationen
- Regierungssystem; Staatsorgane als Instrumente der Partei
- Wahlverfahren und politische Bedeutung der Wahl
- Rolle und Wirksamkeit der Volksvertretungen
- Grundrechte und Rechtsprechung: Primat der Politik gegenüber dem Recht
(in Verbindung mit Lernfeld IV)

B. Erklärungsansätze

- unterschiedliche Begriffe von Politik
- Naturrechtslehre
- Theorie des Rechtsstaates
- Demokratie Modelle im Rahmen der Konzeption des freiheitlichen Verfassungsstaates:
 - konstitutionell-liberales Modell
 - liberal-pluralistisches Modell
 - partizipatorisch-plebiszitäres Modell
- Formen der Demokratie
 - repräsentative Demokratie
 - direkte Demokratie
- Gewaltenteilungslehre

- Regierungssysteme:
 - parlamentarisches Regierungssystem
 - präsidentielles Regierungssystem
- Lehre von den Funktionen des Parlaments
- Begriff der parteienstaatlichen Demokratie
- Aussagen von Theorien der Interessengruppen
- Pluralismustheorie
- theoretische Positionen des Rechts- und Linksextremismus

Lernfeld II: Gesellschaft im Wandel

Zentraler Gegenstand dieses Lernfeldes ist die gesellschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland. Vergleiche mit der ehemaligen DDR und dem Ausland können das Verständnis vertiefen und das Urteil fundieren.

Es geht um soziologische und sozial-psychologische Analysen unserer Gesellschaft.

Zu fragen ist beispielsweise nach der Mobilität der Gesellschaft, nach sozialem Wandel, nach der Benachteiligung von Gruppen, nach Sozialisationsvorgängen, nach der Ausprägung und der Veränderbarkeit gruppenspezifischer Werte, nach der Entstehung und Wirksamkeit von Vorurteilen.

Ebenso sollen die Schülerinnen und Schüler die Aufgaben der Gesellschaftspolitik (Sozialpolitik, Familienpolitik, Jugendpolitik etc.) erfassen, die vom Staat zu bewältigen sind. Die Schülerinnen und Schüler sollen Sozialstaatlichkeit als ein Verfassungsprinzip kennenlernen, Ergebnisse bisheriger Gesellschaftspolitik einschätzen, entstandene Probleme erkennen und sich mit Reformvorschlägen relevanter sozialer Gruppen und Parteien auseinandersetzen.

Sie erfahren in diesem Zusammenhang von ihren Möglichkeiten, sich bei der Gestaltung der gesellschaftlichen Umwelt aktiv einzubringen.

A Sachaspekte

1. Die Zukunft der Industriegesellschaft:
Chancen und Risiken

- Fortschrittsbegriff in der Diskussion (Politisches Denken der Gegenwart zur Frage des Fortschritts in der menschlichen Gesellschaft, Fortschrittsglaube und Fortschrittspessimismus im Widerstreit)
- Sozialutopien und deren Wirkungen in Vergangenheit und Gegenwart
- Leistungen und Defizite der Industriegesellschaft auf wirtschaftlichem, sozialem, ökologischem, politischem, moralischem und geistig-kulturellem Gebiet
- soziale Entwürfe für die Zukunft der Gesellschaft in der Diskussion

2. Gesellschaftliche Struktur und sozialer Wandel

- Soziale Schichtung: Schichtungsmerkmale und Modelle ihrer Beschreibung, Schwierigkeiten bei der Abgrenzung von Schichten
- Ausmaß des sozialen Gefälles, Erklärung sozialer Ungleichheit, Utopien sozialer Gleichheit, historische Ausprägungen sozialer Schichtung, Veränderung der sozialen Schichtung der Sozialpolitik, soziale Mobilität, das Wohlstandsgefälle zwischen den alten und den neuen Bundesländern, Politikansätze zu deren Überwindung und ihre Wirksamkeit
- demographische Gegebenheiten (Ursachen, Auswirkungen, Entwicklungstendenzen), Bevölkerungspolitik
- Entwicklung der Beschäftigten nach Sektoren der Volkswirtschaft und nach Berufsfeldern
- Ursachen, Wirkungen und Haupttendenzen des sozialen Wandels: z.B. Änderung der Wertvorstellungen, ökonomisch-technische Entwicklungen, Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt, Veränderungen in den beruflichen Anforderungen,

Einflüsse auf die Freiheit; Initiativen und Reaktionen in Politik und Gesellschaft.

3. Sozialisation und soziales Handeln

- Begriff der Sozialisation und Sozialisationsbedingungen
- Aspekte der Sozialisation; Sozialisierung, Enkulturation, Individuation
- Sozialisationsinstanzen (Familie, Schule, Peer - group, Beruf, Medien), primäre und sekundäre Sozialisation
- Inhalt der Sozialisation: Normen, Werte Rollen, Institutionen
- Dimensionen der Sozialisation: z.B. politische, emotionale, geschlechtsspezifische, schichtspezifische Sozialisation

4. Jugend und Gesellschaft

- Jugend als historisches, soziales und politisches Phänomen; Jugend als Begriff (juristisch, soziologisch, psychologisch)
- Ausdehnung der Jugendphase und Aspekte der sozialen Integration
- Freiräume und Abhängigkeiten im Leben des Jugendlichen; Identitätssuche und -findung, Konflikte und Konfliktbewältigung
- zur Spezifika der Identitätsfindung Jugendlicher in den neuen Bundesländern
- Generationskonflikte, Positionen, Begründungen, gesellschaftliche Bedeutung;
- Wandel von Normen und Wertvorstellungen im Kontext sozialen Wandels; Wertverlust und neue Werthorizonte
- Berufswahl und Bedeutung der Arbeit für den einzelnen
- Jugendarbeitslosigkeit: Ursachen, psychische und gesellschaftliche Auswirkungen, politische Konzepte und Maßnahmen zu ihrer Eindämmung und Überwindung
- Jugendkultur: Gründe für ihr Entstehen; Einflüsse, denen sie unterliegen, Ausdrucksformen; Rückwirkungen auf die Gesellschaft; Chancen und Gefahren für den einzelnen
- Kritik von Jugendlichen an Staat und Gesellschaft: Ursachen; Gegenstände der Kritik; Gegenvorschläge und ihre Umsetzbarkeit; Formen, in denen sich die Kritik äußert; Jugendprotest als Zeichen von Mängeln in Staat und Gesellschaft;

Reaktionen in Politik und Gesellschaft

- Jugendkriminalität: Daten, Erscheinungsbild, Ursachen, Auswirkungen, Folgen, Prävention
- Partner- und Sexualverhalten von Jugendlichen, Stellenwert von Ehe und Familie in der individuellen Lebensplanung

5. Familie

- Wert und Bedeutung der Familie für die Sozialisation
- der historische Funktionswandel von Ehe und Familie
- Erziehungsrecht der Eltern, elterliche Erziehung und Einflüsse anderer Erziehungs- und Sozialisationsinstanzen; Eingriffsrechte des Staates bei Mißbrauch des elterlichen Erziehungsrechts
- Schutz und Förderung der Familie als Verfassungsauftrag des Staates, familienpolitische Positionen und Vorschläge von Parteien und Institutionen, ihre finanziellen Implikationen und die Chancen ihrer Verwirklichung
- die veränderte rechtliche und soziale Stellung des Kindes in der Familie
- Frauen im Beruf, Alltägliche Diskriminierung, Qualifizierung, Verdienst, Anteil an Arbeitslosigkeit
- die Überwindung rechtlicher und sozialer Benachteiligung der Frauen als politischer Auftrag; Entwürfe und Gesetzesvorhaben zur Verwirklichung der Gleichstellung
- Wandel des Rollenverständnisses von Frau und Mann in Beruf und Familie: veränderte Anschauungen, ihre Ursachen und gesellschaftlichen Auswirkungen, ihr Einfluß auf die Reform des Familienrechts und auf die Gesellschaftspolitik
- Ehescheidung und Getrenntleben: Entwicklungstendenzen, Ursachen und Auswirkungen; Reform des Scheidungsrechts
- Alternative Lebensformen
- der Umgang mit alten Menschen: ihre gegenwärtige Situation, Ansätze zu deren Veränderung im Spannungsfeld von persönlicher Verantwortung und staatlicher Sozialpolitik

6. Soziale Sicherung und Förderung

- Das Sozialstaatspostulat des Grundgesetzes und seine Auslegung
- die Sozialversicherung: System (gesetzliche Kranken-, Unfall-, Renten- und Arbeitslosenversicherung), Träger, Generationenvertrag, Umfang und Ausmaß der Leistungen, Belastungen des Beitragszahlers und des Staatshaushaltes,
- Sicherung von Arbeitsplätzen und Wiedereingliederung von Arbeitslosen: Maßnahmen, Wirkungen
- Verbesserung der Lage von Benachteiligten (rechtlicher Schutz, Beihilfen, Zuschüsse, Steuererleichterungen etc. Auswirkungen)
- nichtstaatliche Institutionen und Organisationen als Träger sozialer Leistungen
- soziale Sicherung durch den Staat und individuelle Leistungs- und Risikobereitschaft
- soziale Sicherung in der Vergangenheit und in der Zukunft
- Schwächen und Gefährdungen des Sozialstaates, Reformansätze ggf. Gesetzesvorhaben

7. Ausländer

- Struktur der ausländischen Bevölkerung: Ausländerquote in einzelnen Bundesländern; Herkunftsländer, Zuzugs- und Rückwanderungsbewegungen
- Vorurteile über ausländische Mitbürger (Entstehung, Ausprägung und Wirkung), Möglichkeiten zu ihrem Abbau
- Ursachen und Bedingungen des Ausländerzuzugs, die wachsende Rolle der Armutswanderung
- Spezifik des Umgangs mit Ausländern in den neuen Bundesländern
- Stellung der Ausländer im Wirtschaftsprozeß: Tätigkeitsbereiche, Einbindung in das deutsche Arbeits- und Sozial-

recht, Arbeitslosenquote

- soziokulturelle und soziale Lage der Ausländer: Wertewelt und Kulturkonflikt, Konsum- und Spargewohnheiten, Stellung der Frau, Bildungs- und Sprachbarrieren, Wohnverhältnisse, Maßnahmen zur Verbesserung der Lage
- das Problem der Wahrung der religiösen und nationalen Identität; religiöse Toleranz, Grenzen der Integration
- Asylrecht und die Diskussion über ein europäisches Asylrecht, Möglichkeiten zum Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft

8. Sucht und Suchtgefahren

- Der Begriff "Sucht"; Suchtmittel und ihre Wirkungen
- Entwicklung und Ausmaß des Konsums von Suchtmitteln in der Bundesrepublik Deutschland
- psychische und soziale Faktoren, die den Suchtmittelkonsum begünstigen und Motive für den Konsum von Suchtmitteln
- "Suchtmittelkarriere" und die psychischen, physischen und sozialen Folgen des Suchtmittelkonsums für die Betroffenen
- Folgen des Suchtmittelkonsums für die Gesellschaft; durch Suchtmittelkonsum verursachte gesamtgesellschaftliche Kosten
- rechtliche Grundlagen für Handel und Konsum unterschiedlicher Suchtmittel; Suchtmittelmarkt und Zielgruppen
- Bekämpfung des Suchtmittelkonsums und der Suchtgefahren: Möglichkeiten der Prävention, Beratungsstellen, Therapien und ihre Erfolgschancen

B Erklärungsansätze

- Aussagen der Psychologie zur Persönlichkeitsentwicklung
- Ergebnisse der Verhaltensforschung
- Sozialisationstheorien
- die soziale Rolle; Aussagen des Interaktionismus

- Begriff der Arbeits- und Entfremdungstheorien
- Erklärung zur Entstehung und zur Veränderung von Vorurteilen und Feindbildern
- Aspekte der Gruppendynamik
- Klassenbegriff und Schichtungsmodelle
- Erklärungsmodelle für Entstehung und Vollzug gesellschaftlichen Wandels
- Begriff des Sozialstantes
- Rentenmodelle

Lernfeld III: Wirtschaft im Wandel

Der Unterricht zum Lernfeld "Wirtschaft im Wandel" erschließt den Schülerinnen und Schülern wesentliche Zusammenhänge und Wechselbeziehungen von Ökonomie, Ökologie und Politik. Sie sollen grundlegende Kenntnisse über die Verantwortung der Wirtschaftspolitik für Wohlstand und sozialen Fortschritt gewinnen. Sie erwerben dabei auch Kenntnisse über Grundfragen der Binnenwirtschaft und deren Verflechtung mit außenwirtschaftlichen Problemkreisen.

Die Schülerinnen und Schüler setzen sich mit den wirtschaftspolitischen Grundorientierungen von gesellschaftlichen Entscheidungsträgern auseinander. Sie sollen sowohl Vorzüge und Schwächen der sozialen Marktwirtschaft erfassen.

Hierzu ist ein Vergleich mit Leistungen, Merkmalen und Problemen ähnlicher oder entgegengesetzter Wirtschaftsordnungen hilfreich. Insbesondere soll die Zentralverwaltungswirtschaft in sozialistischen Staaten mit ihrem ökonomischen, ökologischen und sozialen Versagen vergleichend analysiert werden, Zugleich sollen die Schülerinnen und Schüler lernen, Lösungsstrategien zu entwickeln, mit denen die gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme auf der Basis sozialer Marktwirtschaft gelöst werden können.

Inhalte

A Sachaspekte

1. Wirtschaftsordnung im Vergleich

a) marktwirtschaft

- Wesen, Voraussetzungen und Konzept der Marktwirtschaft, das Magische Viereck
- Grenzen der sozialen Marktwirtschaft und der wirtschaftspolitischen Tätigkeit des Staates
- Wettbewerb als grundlegendes Organisationsprinzip marktwirtschaftlicher Prozesse

b) Zentralverwaltungswirtschaft

- Konzept der zentralen Leitung und Planung der Volkswirtschaft
- Realität zentralverwaltungswirtschaftlicher Systeme (z.B. in der ehemaligen DDR): Versuche zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, sozialistisches Leistungsprinzip, sozialistischer Wettbewerb
- Leistungsfähigkeit planwirtschaftlicher Systeme (z.B. im Hinblick auf Produktivität und Effizienz), Modell und Realität der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der ehemaligen DDR

c) Aspekt alternativer Ökonomie

- Konzepte und Perspektiven alternativer Wirtschaftspolitik
- alternative Betriebsstrukturen (z.B. Selbstverwaltung)
- alternative Arbeitsmarktmodelle

2. Tarifautonomie und Mitbestimmung

- rechtliche Grundlagen der Tarifautonomie, Inhalte von Tarifverträgen, Verfahren und Strategien bei Tarifverhandlungen, Mittel im Arbeitskampf
- Konzept und Wirkungen der Tarifautonomie, Interessenkonflikte zwischen Tarifpartnern und deren Lösung
- Mitbestimmung im Betrieb (grundlegende Positionen, Rechte und Pflichten, Institutionen)

3. Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik

- Verteilungssituation (Produktivvermögen, persönliches Vermögen); Vergleich zwischen alten und neuen Bundesländern
- Einkommens- und Vermögenspolitik

- Vermögenspolitik (z.B. Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktionsvermögen)
- Modelle und Probleme der Einkommens- und Vermögenspolitik in den fünf neuen Bundesländern

4. Unternehmenskonzentrationen

- Formen, Ursachen und Auswirkungen von Unternehmenskonzentrationen
- Wettbewerb als ein Prinzip sozialer Marktwirtschaft; das Bundeskartellamt

5. Konjunkturschwankungen und Stabilitätspolitik

- Konjunkturbegriff, Indikatoren der Konjunktur (z.B. Brutto-sozialprodukt, Arbeitslosenquote, Preisindex), Konjunkturschwankungen seit 1950
- Konjunkturpolitik und konjunkturpolitische Ziele im Zusammenhang zu gesamtgesellschaftlichen Zielen, konjunkturpolitische Ziele (z.B. Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, Preisstabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht in Konkurrenz zueinander)
- Träger und Instrumente der Globalsteuerung: fiskalpolitische Instrumentarien von Bund, Ländern und Gemeinden

6. Strukturwandel unter besonderer Berücksichtigung der fünf neuen Bundesländer

- Wirtschaftsstruktur und Merkmale des wirtschaftlichen Strukturwandels in der Bundesrepublik
- Spezifik der Wirtschaftsstruktur der neuen Bundesländer und daraus resultierende Erfordernisse des Strukturwandels
- Ziele staatlicher Strukturpolitik (z.B. Wachstum einheimischer Produktion, Sicherung von Arbeitsplätzen, Förderung unterentwickelter Regionen)
- Instrumente der Strukturpolitik und Probleme langfristiger Strukturpolitik

7. Wirtschaftswachstum und Umweltschutz

- Wirtschaftswachstum und Probleme seiner Definition, Ziele und Grenzen des Wirtschaftswachstums
- Arten, Ausmaß und Ursachen der Umweltbelastung
- Zielkonflikte und Interessengegensätze zwischen Umweltschutz, Wachstum der Wirtschaft und Gesellschaftspolitik
- Verhältnis zwischen nationalen und internationalen Lösungsansätzen
- das Verhältnis von Wirtschaftswachstum und Umweltschutz in der ehemaligen DDR

8. Weltwirtschaftliche Verflechtungen

- Begriff, Entstehung und Entwicklung des Weltwirtschaftssystems
- das gegenwärtige Weltwirtschaftssystem: Waren und Kapitalverkehr, GATT, regionale Zoll- und Wirtschaftsgemeinschaften (EG, EFTA), Kartelle (OPEC), Koordinationsabsprachen (OECD, Weltwirtschaftsgipfel)
- Reformdiskussion und Konzeptionen einer neuen Weltwirtschaftsordnung (u.a. Verbesserung der terms of trade, Beseitigung von Handelshemmnissen und restriktiven Geschäftspraktiken, Verhaltenskodex für Technologietransfer, Prüfung eines Schuldenerlasses für Entwicklungsländer, Reform des internationalen Währungssystems), Perspektiven einer neuen Weltwirtschaftsordnung
- außenwirtschaftliche Verflechtungen der Bundesrepublik (Zahlungsbilanz, Export- und Importquoten), Außenwirtschaftspolitik, wichtige Partnerländer
- europäisches Währungssystem: Vor- und Nachteile für die Bundesrepublik
- die Autarkiebestrebungen der ehemaligen DDR und ihre Auswirkungen

B Erklärungsansätze

- Theorie des Freihandels
- Konzepte des Protektionismus
- soziale Marktwirtschaft
- konjunkturtheoretische Aspekte
- Fiskalismus in der Nachfolge von Keynes/Konzept der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik
- Monetarismus/Konzept der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik
- Theoreme marxistischer Kapitalismuskritik
- Vermögensbildungsmodelle
- Mitbestimmungsmodelle
- Theorie zur industriellen Entwicklung (postindustrielle Gesellschaft)
- Wachstumstheorien
- Modelle künftiger Entwicklung (z.B. Club of Rom)

Lernfeld IV: Marxistisch-leninistisch begründete
Herrschaftssysteme und ihr Zusammenbruch

Der weitgehende Zusammenbruch der marxistisch-leninistisch begründeten Herrschaftssysteme, insbesondere in Mittel- und Osteuropa, stellt einen gravierenden Veränderungsprozeß im ausgehenden 20. Jahrhundert dar. Dieser Umwälzungsprozeß wird alle Bereiche der nationalen und internationalen Politik zumindest in Europa, aber auch darüber hinaus nachhaltig beeinflussen. Die Staaten des Warschauer Vertrages stellten einen eminenten Machtfaktor in der Weltpolitik dar. Der Ost-West-Konflikt bestimmte in besonderem Maße die Politik in Europa und der Welt. Auf deutschem Boden existierten zwei Staaten, die die Teilung Europas in zwei Gesellschaftssysteme für die Politik ebenso wie für das alltägliche Leben der Menschen deutlich widerspiegeln.

Die Folgen des Zusammenbruchs der marxistisch-leninistischen Herrschaftssysteme Mittel- und Osteuropas und die zu erwartenden Auseinandersetzungen in den sich auch heute noch zum Sozialismus bekennenden Ländern können gegenwärtig noch nicht überblickt werden.

Deshalb ist es Aufgabe des Unterrichts, mögliche Konsequenzen in den betreffenden Ländern, für die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und für die europäische Entwicklung sowie für die Entwicklung in anderen Regionen der Welt aufzuzeigen und zu analysieren.

Die Schülerinnen und Schüler sollen kennenlernen, welche Alternativ- und Reformvorstellungen in einzelnen sozialistischen Ländern entwickelt wurden und warum diese bei ihrer praktischen Realisierung scheiterten.

A Sachaspekte

1. Charakter marxistisch-leninistisch begründeter Herrschaftssysteme

- politische, wirtschaftliche, geistig-kulturelle, ideologische Grundlagen und Bedingungen für die Entwicklung in den sozialistischen Ländern
- Begründung des Kommunismus und seiner Entwicklung in der Theorie von Marx und Engels und deren Ausdeutung in der Praxis sozialistischer Länder
- politische Kultur im Sozialismus zwischen Anspruch und Realität
- Wirtschaftspolitik sozialistischer Länder; Wirtschaftsmechanismus, zentrale Leitung und Planung der Volkswirtschaft und das Ziel der Verbindung von wissenschaftlich-technischem, ökonomischem und sozialem Fortschritt, reales Versagen des Wirtschaftssystems sozialistischer Länder angesichts der Herausforderung der wissenschaftlich-technischen Revolution
- gegenseitige Bedingtheit von politischem Zentralismus und weitgehender Zentralisation wirtschaftlicher Prozesse
- Kultur- und Wissenschaftspolitik in sozialistischen Ländern; politische Funktion von Kunst, Bildung und Wissenschaft, gesellschaftliche Freiräume und Nischen im Bereich Kultur und deren Grenzen, Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule im Sozialismus

2. Grund- und Menschenrechte in marxistisch-leninistisch begründeten Herrschaftssystemen

- Begriff der Grund- und Menschenrechte in Theorie, Gesetzgebung und politischer Praxis sozialistischer Länder (Menschenrechte als Klassenrechte, Grundrechte als Mitwirkungsrechte); Freiheitsbegriff und Demokratieverständnis (klassenmäßige Bestimmung von Freiheit und Demokratie)

- Freiheitsrechte, Bürgerrechte, Sozialrechte, Gleichheitsrechte, deren Scheidung in Freiheits- und Bürgerrechte einerseits und Sozial- und Gleichheitsrechte andererseits; deren ideologische Begründung und ihre Folgen für das alltägliche Leben der Menschen
- Freiheits- und Bürgerrechtsbewegungen als Träger oppositioneller Bestrebungen in sozialistischen Ländern, Bedeutung der Freiheits- und Bürgerrechte für die Entwicklung der Reformbewegungen in Osteuropa und der ehemaligen DDR

3. Reformversuche im Sozialismus in Vergangenheit und Gegenwart

- ideologische und politische Grundlagen der Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern
- Emanzipationsversuche in einzelnen sozialistischen Staaten, ihr Verlauf und ihre Resultate
- Alternative Denkmodelle im Sozialismus und deren politische Wirkung
- Umgestaltung in der Sowjetunion als Versuch alternativer sozialistischer Entwicklung und deren Folgen

4. Umwandlung des politischen Systems

- Aufhebung des Führungsanspruchs kommunistischer Staatsparteien
- Entstehung und Ausbreitung neuer Gewerkschaftsstrukturen, freie Gewerkschaften
- freie Wahlen und deren Ergebnisse
- Die Rolle der Staatssicherheit und der Geheimpolizei
- Neuordnung des Justizwesens und der Gesetzgebung

5. Wirtschaftsreformen

- ökonomische Ursachen der Wirtschaftsreform ehemaliger sozialistischer Länder und der UdSSR
- Modelle und Varianten des Übergangs von der Zentralverwaltungswirtschaft zur Marktwirtschaft
- Auswirkungen der Wirtschaftsreform auf die soziale Situation
- Folgen der Umgestaltung des Wirtschaftssystems in der ehemaligen DDR und in den anderen Ländern Osteuropas für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen

6. Nationalitätenkonflikte

- Separations- und Autonomiebestrebungen in osteuropäischen Ländern: Wiedererwachen nationalstaatlicher Identität und deren Folgen
- deutsche Minderheiten in osteuropäischen Staaten, ihre Situation, ihre Probleme

B Erklärungsansätze

- Lehre von Marx und Engels: geschichtsphilosophische und ökonomische Vorstellungen
- Leninismus (Imperialismustheorie, Revolutionstheorie, Partei neuen Typus)
- Stalinismus (Sozialismus in einem Land, Zwei-Lager-Theorie, Industrialisierungskonzept, Verschärfung des Klassenkampfes beim Aufbau des Sozialismus)
- alternative Gesellschaftsentwürfe und -modelle im Sozialismus (z.B. jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung; sozialistische Marktwirtschaft, Konzeption des 3. Weges)

Lernfeld V: Internationale Beziehungen im Umbruch

Der Unterricht über "Die europäische Integration" soll den Schülerinnen und Schülern den europäischen Einigungsprozeß verständlich machen. Sie sollen erkennen, daß die Bundesrepublik Deutschland wegen ihrer zentralen Lage und ihrer wirtschaftlichen Kraft eine verantwortliche Rolle zu übernehmen hat. Dabei sind die unterschiedlichen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Interessen auszuloten, auszugleichen und ein gemeinsames Fundament zu schaffen. Das erfordert u.a. von allen Staaten ein hohes Maß an Partnerschaft, Toleranz, Sensibilität, den Abbau von Vorurteilen und die Bereitschaft zur Überbrückung kultureller Unterschiede. Diese Veränderungen beeinflussen viele Bereiche, zum Beispiel Mobilität, Rechtsvorschriften, Geldwert, Ausbildung, Zollbestimmungen, Verkehr, Freizeit.

Durch die Demokratisierung in den ost- und mitteleuropäischen Staaten konnte nicht nur die europäische Teilung überwunden werden, sondern es wurden darüber hinaus auch Impulse für eine gesamteuropäische Einigung gegeben.

Den Schülerinnen und Schülern soll deutlich werden, daß nach der Verwüstung Europas durch zwei Weltkriege nunmehr Partnerschaft an die Stelle von Feindschaft getreten ist. Damit wird den jungen Menschen eine chancen- und aussichtsreiche Zukunftsperspektive in einem vereinten Europa eröffnet, daß die besten Voraussetzungen für eine dauerhafte Friedensordnung mitbringt.

Inhalte

A Sachaspekte

- gesamteuropäischer Prozeß des Annäherns der Staaten:
Entstehung, Ausprägung und Auflösung des Ost-West-Konfliktes in Europa; Gründe und Folgen der europäischen Spaltung;

Entstehung, Rückschläge, Erfolge und Aufgaben des KSZE-Prozesses, (Konferenz von Helsinki, Folgekonferenzen, Pariser Charta für ein neues Europa)

- Problemfelder gesamteuropäischer Annäherung: Europäische Sicherheit als Problem politischer Stabilität in den einzelnen europäischen Staaten; Entwicklung neuer tragfähiger Konzeptionen und Institutionen für Europa; Institutionalisierung des KSZE-Prozesses; Zusammenhänge zwischen deutschen und gesamteuropäischen Einigungsprozessen
- westeuropäischer Einigungsprozeß: Motive und grundlegende politische Entscheidungen (Gründung des Europarates, Errichtung des EGKS, die Römischen Verträge, Errichtung der EFTA, Zusammenschluß der EG, EWS, Einheitliche Europäische Akte); unterschiedliche Konzeptionen zur weiteren Integration (Staatenbund oder Bundesstaat); erreichter Integrationsgrad; Europäische Union als Ziel
- EG-Binnenmarkt: Freizügigkeit (von Personen), Waren, Dienstleistungen und Kapital; Konsequenzen für verschiedene Politikbereiche (Steuerpolitik, Währungspolitik, Sozialpolitik, Umweltpolitik, Bildungspolitik, Justiz, s.u.)
- politische Willensbildung in den Institutionen der EG: Organe (Ministerrat, Kommission, Europäisches Parlament, Europäischer Gerichtshof); Zusammenwirken, Kontrolle und Einfluß der Organe; Rolle des Europäischen Rats und der Europäischen politischen Zusammenarbeit (EPZ); Ansätze zur Reform der politischen Institutionen und Chancen ihrer Verwirklichung
- Problemfelder der Integration:
 - a) Wirtschaftspolitik: Fortentwicklung zum Binnenmarkt der EG; Konzeptionen und Probleme der weiteren Entwicklung des EG-Binnenmarktes; Auswirkungen auf den EG-Haushalt, auf Mitgliedsstaaten und Bevölkerungsgruppen; wirtschaftliche Verflechtungen

- b) Währungspolitik: das europäische Währungssystem (Entwicklung, Struktur, Funktionsweise, Wirkungen); Verflechtung zwischen europäischen und weltweiten währungspolitischen Prozessen
- c) Sozialpolitik: Sozial- und arbeitsrechtliche Bestimmungen der EG-Verträge; europäische Sozialpolitik; Volumen und Verwendung des Europäischen Sozialfonds; gemeinsame Forderungen und Aktivitäten der westeuropäischen Gewerkschaften; Schwerpunkte europäischer Sozialpolitik
- d) Regionalpolitik: der EG: Vertragliche Vorschriften und Gründe für die Errichtung des Regionalfonds; Umfang des Regionalfonds; Empfänger von Leistungen aus dem Regionalfonds; Forderungsgrundsätze und -projekte; Effektivität der Regionalpolitik
- e) Energiepolitik: Gründe für eine gemeinsame Energiepolitik; Maßnahmen (Förderung der Forschung; Preis-, Subventions- und Bevorratungspolitik etc.); Interessenkonflikte durch unterschiedlichen Umfang an Energieressourcen
- f) europäische Umweltpolitik: Interessen und Konzepte der Mitgliedsstaaten; Maßnahmen
- g) Rechtspolitik: EG-Recht durch EG-Verträge und durch Beschlüsse des Ministerrats; Entscheidungen über Rechtsstreitigkeiten im Rahmen der EG durch den Europäischen Gerichtshof; Klageberechtigte; Einfluß der Entscheidungen des Europäischen Gerichtshof auf die innerstaatliche Rechtssetzung und -auslegung
- h) gemeinsame Interessenvertretung gegenüber Nicht-EG-Staaten: Protektionismus im EG-Außenhandel - Gründe, betroffene Märkte, Auswirkungen; Verhandlungen und Abbau von Handelshemmnissen mit westlichen Industriestaaten; Politik der EG gegenüber Ländern der Dritten Welt (z.B. Lomé-Abkommen); Kooperation und Assoziierungsverträge mit den Mittelmeeranrainerstaaten; Koordinierung der euro-

päischen Außenpolitik durch die EPZ-Verfahren und
Wirksamkeit; gemeinsame Positionen zu internationalen
Fragen nationale Interessenpolitik

B Erklärungsansätze

- Integrationsmodelle zwischen Supranationalität und
Intergouvernementalismus:
Modell "Zentraler Einheitsstaat"
Modell "Bundesstaat"
Modell "Staatenbund"
Präsidiumsmodell
gestrafftes Gemeinschaftsmodell
duales Modell
(Nebeneinander von Europäischem Parlament/
Kommission und Europäischen Rat)
- Aussagen von funktionalistischen und förderali-
stischen Integrationstheorien
- Integration nach dem realistischen Ansatz der Theorie
der internationalen Politik
- Marktordnungen
- Theorie des Freihandels und Konzepte des
Protektionismus

2. Entwicklungspolitische Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern

Die Schülerinnen und Schüler lernen, die Interessen der beteiligten Seiten und die bisherigen Schwierigkeiten eines gerechten Ausgleichs zu erfassen; sie sollen erwägen, welche Bedeutung die Politik der Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern für die Zukunft der Welt hat.

Der Sozialkundeunterricht soll den Schülerinnen und Schülern die politische und ethische Dimension dieser Aufgaben der Entwicklungshilfe bewußt machen und ihnen die Vielschichtigkeit der Probleme erschließen.

Es sollte beachtet werden, daß die Schülerinnen und Schüler die Probleme der Entwicklungsländer nicht aus eigener Anschauung und Erfahrung kennen. Wichtig wird es sein, die Sicht auf entwicklungspolitische Probleme auch aus der Betroffenenperspektive zu betrachten und zu einer multiperspektivischen Problemsicht vorzustoßen.

Inhalte

A Sachaspekte

- der Begriff "Entwicklungsland" - wirtschaftliche Indikatoren (z.B. niedriges Pro-Kopf-Einkommen, geringe Arbeitsproduktivität, niedriger technischer Ausbildungsstand, mangelhafte Infrastruktur, Dominanz weniger Produkte) und soziale Indikatoren (z.B. geringe Lebenserwartung, hohe Kindersterblichkeit, ungenügende Ernährung, niedriger Bildungsstand); Mehrdimensionalität des Entwicklungsbegriffes; Gruppierung von Entwicklungsländern und Schwierigkeiten der Zuordnung; politische Organisationen der Entwicklungsländer,
- Ursachen für die Situation der Entwicklungsländer
endogene Faktoren, z. B. klimatische und geographische Gegebenheiten, kulturelle und soziale Traditionen, demographische Entwicklungen, vorindustrielle Wirtschaftsformen, autoritäre Herrschaftsstrukturen etc.

exogene Faktoren: z. B. Spätfolgen des Kolonialismus, wirtschaftliche und politische Einflußnahme von Industriestaaten, strukturelle Abhängigkeit etc.

- Motive für Entwicklungspolitik

Ethische Motive (Verantwortungsgefühl, Solidarität), wirtschaftliche Interessen (z. B. Energie- und Rohstoffversorgung, Exportförderung, Markterschließung, Arbeitsplatzsicherung);

außenpolitische Interessen (z.B. Entwicklung der Beziehungen zu Ländern der Dritten Welt, Export von Ideologien und Ordnungsmodellen, strategische Interessen);

Interessenkonflikte zwischen verschiedenen Politikbereichen und zwischen Industrie- und Entwicklungsländern

- Träger und Formen der Entwicklungspolitik

a) multilaterale Entwicklungspolitik durch Institutionen der UNO; z.B. Landwirtschaftspolitik und Nahrungsmittelhilfe (FAO), Bildungshilfe (UNESCO), Bevölkerungspolitik (UNFPA), durch Weltbank, regionale Entwicklungsbanken, Europäische Investitionsbank, finanzielle Zusammenarbeit und Kapitalhilfe, durch Konferenzen und Vereinbarungen, Handels- und Ordnungspolitik (GATT, UNCTAD, Lomé, Seerechtskonferenz etc.)

b) bilaterale Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe durch Regierungen und private Träger (z.B. Kirchen, Stiftungen, Wohlfahrtsorganisationen); Wirtschafts-, Nahrungsmittel-, Bildungshilfe, medizinische und humanitäre Hilfeleistungen

Bilanz bisheriger Entwicklungspolitik

- **Entwicklungserfolge:** allgemeine Steigerung der Bruttoinlandsprodukte; partielle Verbesserung in der medizinischen Versorgung, im Bildungsbereich, in der Landwirtschaft und in der Industrialisierung
- Entwicklungshemmnisse:** hohe Geburtenrate in den Entwicklungsländern; kulturelle Traditionen; mangelnde Effizienz beim Einsatz der Entwicklungshilfe; nachteilige Einflüsse der Weltwirtschaft auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung; Mängel in der Abstimmung technischer Projekte auf die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen; Unsicherheit für Auslandsinvestitionen; mangelnde soziale Gerechtigkeit in der Verteilung der Volkseinkommen; politische Unruhen etc.
- **gegenwärtige entwicklungspolitische Forderungen der Staaten der Dritten Welt und Forderungen der Industrieländer**
vorrangige Forderungen der Entwicklungsländer: Steigerung der entwicklungspolitischen Ausgaben der Geberländer; Verstärkung der multilateralen gegenüber der bilateralen Entwicklungspolitik; Verstärkung der Direktinvestitionen; nicht projektgebundene Finanzhilfe; Schuldenerlaß und Verbilligung der Kredite; Öffnung der Märkte der Industrieländer für Fertigprodukte; Stabilisierung der Rohstoffpreise; Verbilligung von Lizenzen für moderne Technologien; Beteiligung an der Nutzung der Meere u. a.
vorrangige Forderungen der Industrieländer: Bevölkerungspolitik, offener Weltmarkt

- Konzepte zukünftiger Entwicklungspolitik;
Ansätze zur Reform des Weltwirtschaftssystems;
Neuorientierungen in der Entwicklungspolitik
der Bundesrepublik Deutschland

B Erklärungsansätze

- Modernisierungstheorien
- dependenztheoretische Aussagen
(z.B. strukturelle Abhängigkeit,
Konzept des peripheren Kapitalismus,
strukturelle Heterogenität)
- Theorem der komparativen Kosten
- Theorie des Freihandels
- Konzepte des Protektionismus
- Konzept der Abkoppelung vom Weltmarkt
(Dissoziation)
- Ethnozentrismus
- self-reliance, collective self-reliance
- Prinzip der Blockfreiheit

3. Probleme der Friedens- und Sicherheitspolitik

Sozialkundeunterricht hat sich mit den veränderten Rahmenbedingungen für Friedens- und Sicherheitspolitik zu beschäftigen, die durch die Wandlungsprozesse in der Sowjetunion und in Osteuropa hervorgerufen wurden. Dabei kommt es darauf an, die neuen Herausforderungen, vor denen die Friedens- und Sicherheitspolitik steht, zu verdeutlichen und sich mit den unterschiedlichen politischen Strategien auf diesem Gebiet auseinanderzusetzen. Im Zentrum steht die Frage, wie Frieden und Sicherheit unter den sich verändernden Bedingungen weiter gefestigt werden können.

Im Sozialkundeunterricht sollten die in Politik und Gesellschaft kontrovers diskutierte Standpunkte verdeutlicht und die Schülerinnen und Schüler zu sachlich und ethisch begründetem Urteil angeleitet werden.

Im Unterricht sind dabei Selbstbehauptung einerseits und Interessenausgleich, Entspannung und Verständigung andererseits als wichtige Anliegen praktischer Politik herauszustellen.

Inhalte

A Sachaspekte

- Veränderungen im Verständnis von Frieden und Sicherheit: Friedens- und Sicherheitspolitik als Anstrengungen von Nationalstaaten; Versuche, Systeme kollektiver Sicherheit zu entwickeln; Globalisierung der Friedens- und Sicherheitsprobleme; Sicherheit als gesellschaftlicher Wert; nationale und internationale Sicherheit (Abgrenzungen und Zusammenhänge); innerer und äußerer Frieden.
- Entstehung und bisheriger Verlauf des Ost-West-Konfliktes; Veränderungen in den osteuropäischen Staaten und die Auswirkungen auf die westeuropäische, gesamteuropäische und globale Friedens- und Sicherheitspolitik

NATO und Warschauer Pakt:

Gründung, Zielsetzungen, Mitgliedstaaten, Vertragsbestimmungen, Ähnlichkeiten und Unterschiede in der politischen und militärischen Willensbildung, in der Stellung der

Führungsmächte und ihrer Legitimation; innere Probleme der Bündnisse; Veränderung der NATO-Strategien nach Auflösung des Warschauer Paktes (z.B. Ablösung der Vorneverteidigung, Abkehr von der Strategie der "flexible response"); Sicherheitsinteressen im Zielkonflikt zu anderen gesellschaftlichen Interessen;

- die Bundesrepublik Deutschland in der NATO:
ihr politischer und militärischer Einfluß; ihr Beitrag zur Friedens- und sicherheitspolitischen Willensbildung innerhalb der NATO
- allgemeine Wehrpflicht und das Recht auf Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe aus Gewissensgründen in der Bundesrepublik Deutschland
allgemeine Wehrpflicht: ihre politische, militärische und finanzielle Begründung (z.B. im Vergleich zu einer Berufsarmee); Dauer des Wehrdienstes, Wehrgerechtigkeit; Rechte und Pflichten des Wehrdienstleistenden
Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen; ihre Begründung; die politische Diskussion um das Anerkennungsverfahren; Dauer des Ersatzdienstes; Rechte und Pflichten des Ersatzdienstleistenden; Pazifismus
- Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland; politische und gesellschaftliche Ursachen; Gruppen religiöse und weltanschauliche Bindungen, Wertvorstellungen, Verständnis von Frieden und Politik, Programme, Aktionsformen); politische Folgen ihres Einflusses
- andere friedens- und sicherheitspolitische Vorstellungen (z.B. atomwaffenfreie Zone in Europa, Auflösung der Militärblöcke, raumdeckende Verteidigung, soziale Verteidigung, einseitige Abrüstung) - Inhalte, Begründungen, kritische Einwände
- Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik
Rüstungskontrollabkommen (insbesondere: Atomtestvertrag, Nichtverbreitungsvertrag, Weltraumvertrag, Meeresbodenvertrag, B-Waffen-Abkommen, SALT, KSZE) - Interessen der vertragschließenden Parteien, Vertragsbestimmungen,

Probleme der Verifikation, Folgen, Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen (insbesondere MBFR, INF, START, KSZE/KVAE) - Interessen der Verhandlungspartner, Gegenstände, Verhandlungsschwierigkeiten, bisherige Ergebnisse

- Wirksamkeit politischer Instrumente im allgemeinen und der besondere Beitrag der Bundesrepublik Deutschlands zur Förderung von Frieden und Sicherheit.

B Erklärungsansätze

- Theorie der kompromißfähigen und der systematischen Konflikte
- Theorie vom Gleichgewicht der Kräfte
- Konzept der Eindämmung (containment)
- Konzept der Entspannung (detente)
- Interdependenztheorie (linkage - Theorem)
- Bipolarismus
- Disengagement
- Konzept der Sicherheitspartnerschaft
- Aussagen der Friedens- und Konfliktforschung
- Lenins Revolutions- und Imperialismuslehre
- Lehre von der friedlichen Koexistenz
- Theorie der Abschreckung
- Konzept der sozialen Verteidigung

4. Internationale Krisen

Bei diesem Thema sollen die Schülerinnen und Schüler sich mit politischen Aspekten internationaler Krisen beschäftigen. Sie sollen sich mit Fragen der Entstehung und mit Bemühungen zur Lösung und Verhinderung internationaler Krisen auseinandersetzen. Dabei sollen sie lernen, die Wirksamkeit des bereits entwickelten Instrumentariums zur Krisenbewältigung einzuschätzen. Sie sollen auch grundlegende Normen des Völkerrechts kennenlernen und Einblicke in die Schwierigkeiten ihrer Durchsetzung gewinnen.

Darüberhinaus sollen sie die angesichts weltweiter Interdependenzen auftretende Krisen und ihre Auswirkungen auf die Politik der Bundesregierung und auf das Leben der Bürger in Deutschland kennenlernen.

Grundsätzlich müssen bei der Beschäftigung mit internationalen Krisen die Vielschichtigkeit der Interessen, spezifische Bedingungen und nationale Besonderheiten zur Beurteilung und Bewertung des Handelns von den am Konflikt beteiligten Aktionen aufgezeigt werden.

Inhalte

A Sachaspekte

- internationale Krise - Begriff und Erscheinungsformen (z.B. wirtschaftliche, politische, militärische Drohungen, Blockade, Verletzung der territorialen Unversehrtheit eines Staates, Intervention, Invasion, Annexion, Unabhängigkeitskampf, Revolution, Putsch, Bürgerkrieg)
- Ursachen internationaler Krisen:
machtpolitische Ursachen (z.B. territoriale Ansprüche, Erweiterung bzw. Aufrechterhaltung von Einflußsphären, Hegemoniestreben, Unabhängigkeitsstreben);
weltanschauliche Ursachen (z.B. Nationalismus, Rassismus, religiöse Überzeugungen); ökonomische Ursachen (z.B. Zugang zu wichtigen Ressourcen und Märkten); soziale Ursachen (soziale Spannungen und ihre Beeinflussung durch andere Staaten)
- Ansätze zur Vorbeugung bzw. Lösung internationaler Krisen
Einbeziehung der Konfliktparteien und ihrer Vorstellungen; Beachtung der gegebenen Bedingungen (z.B. Interessen der Beteiligten, Kompromißbereitschaft, Machtverhältnisse); Methoden (z.B. Diplomatie, Nutzung unüblicher Kommunikationskanäle, eindeutige Signale, gestufte Angebote bzw.

Drohungen, vertrauensbildende Maßnahmen, Wirtschaftshilfe, militärische Präsenz); Risiken eines Vermittlers (z.B. Verlust innern- und außenpolitischen Ansehens, Gefahr für den vermittelnden Staat, zunehmend in den Konflikt verwickelt zu werden);

Politik der Gipfeldiplomatie, z.B. Bemühungen einer Eneidologisierung der Beziehungen der Großmächte und pragmatische Schritte zur Zusammenarbeit; Ergänzung der Gipfeldiplomatie durch Pendeldiplomatie hochrangiger Politiker der Großmächte;

- Wichtige Prinzipien des Völkerrechts und ihre Bedeutung für die Vorbeugung bzw. Lösung von Konflikten (z.B. allgemeine Achtung der Menschenrechte, grundsätzliches Gewaltverbot, Selbstbestimmungsrecht der Völker, Verpflichtung zur Wiedergutmachung, Rechte zur Abgrenzung gegenseitiger Machtbereiche), die Rolle völkerrechtlicher Konventionen;
- Konzeption der kollektiven Sicherheit; die Rolle der UNO; Wirksamkeit und Grenzen der friedensstiftenden Funktion der UNO
- Folgeerscheinungen internationaler Krisen; Flüchtlingsströme, Destabilisierung der internationalen/regionalen Situation, internationale Hilfsaktionen
- Auswirkungen internationaler Krisen auf die Bundesrepublik Deutschland; Bedrohung der Sicherheit, Gefährdung der Energieversorgung, der Rohstoffversorgung und des Handels; Gefährdung deutscher Staatsbürger, politische und wirtschaftliche Beteiligung an der Konfliktbeilegung; Übernahme von Folgekosten.

B Erklärungsansätze

- Theorien der kompromißfähigen und systematischen Konflikte
- Strategien einseitiger Schritte zur Abrüstung (Gradualismus)
- Konzept der Eindämmung (containment)
Zwei-Lager-Theorie

- Konzepte der Entspannung (détente)
- Konzept der kollektiven Sicherheit
- Aussagen der Friedens- und Konfliktforschung
- marxistische Geschichtstheorie
- Lenins Revolutions- und Imperialismuslehre
- Lenins Lehre vom Krieg und Frieden
- neues Denken
- Lehre revolutionärer Befreiungsbewegungen

4. Unterrichtsorganisation und Unterrichtsverfahren

4.1. Methoden

Sozialkundelehrerinnen und -lehrer sollten aus einer Vielfalt möglicher Unterrichtsmethoden diejenigen für den Unterricht auswählen, die Motivation, Anschaulichkeit, Handlungsmöglichkeit und Lerneffektivität verbinden.

Zu den fachspezifischen Unterrichtsmethoden gehören im wesentlichen: Lehrgang, Diskussion, Debatte, Erkundung, Betragung, Sozialstudie, Fallstudie und Fallanalyse, Rollenspiel, Planspiel, Praktikum und Projekt.

Besonders motivierend ist die sinnvolle Kombination verschiedener Methoden.

4.2. Planung

Planungsentscheidungen sollten so getroffen werden, daß bei Veränderungen der ursprünglich zugrunde gelegten Bedingungen einzelne Unterrichtsabschnitte variiert werden können.

Eine angemessene Einbeziehung der Schülerinnen und Schüler in die Planung des Unterrichts ist notwendig. Umfang und Inhalt der Mitwirkung in der Planungsphase hängt vom Alter und den Fähigkeiten der jeweiligen Lerngruppe ab.

Die Fachkonferenzen sollten schulinterne Lehrpläne aufstellen, um den Planungsspielraum, der von den Rahmenrichtlinien eingeräumt wird, für die Schule verbindlich auszufüllen.

Von den jeweils genannten Themenbereichen sind drei für die Klassenstufen 8 und 9 und fünf für die Klasse 10 verbindlich. Dafür sollte nicht mehr als $2/3$ der zur Verfügung stehenden Unterrichtszeit genutzt werden. Die darüber hinausgehenden Unterrichtsstunden sind für solche Probleme zu verwenden, die Schülerinnen und Schüler besonders interessieren.

Die Reihenfolge innerhalb der Schuljahre ist freigestellt.

Bei der Unterrichtsplanung sollten besonders solche Situationen berücksichtigt werden, bei denen die Schülerinnen und Schüler jetzt oder künftig selbst Handelnde sind, als auch solche, in denen wichtige Institutionen vorgestellt und Willensbildungsprozesse in der demokratischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland verdeutlicht werden können.

In der gymnasialen Oberstufe richtet sich die Planung auf die Erarbeitung größerer thematischer Zusammenhänge, die in Kursen behandelt werden. Methoden der Bezugswissenschaften spielen hier eine zunehmend größer werdende Rolle.

In der Kursstufe sind 4 der 5 Lernfelder verbindlich in die Unterrichtsplanung einzubeziehen. Der Kurs zum Lernfeld I "Das politische System der Bundesrepublik Deutschland" ist für alle Schülerinnen und Schüler verbindlich. Jeder Halbjahreskurs umfaßt mehrere der unter den jeweiligen Abschnitten "Sachaspekte" aufgeführten Inhalte. Inhaltliche Ergänzungen können aufgenommen werden.

5. Lernkontrollen und Leistungsbewertung

Lernkontrollen sind Verfahren, durch die überprüft wird, in welchem Umfang und mit welcher Intensität die im Unterricht angestrebten Lernziele erreicht worden sind. Sie geben Lehrern, Schülern und Eltern Aufschluß über den Lernertolg des einzelnen und der Lerngruppe und begründen im wesentlichen die Zensur. Anforderungen und Bewertungsgrundsätze müssen den Schülerinnen und Schülern von vornherein bekannt sein. Die Leistungsbewertung orientiert sich an den Leit- und Lernzielen (Abschn. 2.1.), an den methodischen Fähigkeiten und Fertigkeiten (Abschn. 2.2.) und an den besonderen Aufgaben des Sozialkundeunterrichts im Gymnasium (Abschn. 1).

Leistungen werden nach drei Anforderungsbereichen unterschieden:

- Der Anforderungsbereich I umfaßt im wesentlichen die Wiedergabe von Sachverhalten aus einem abgegrenzten Gebiet im gelernten Zusammenhang.
- Der Anforderungsbereich II umfaßt das selbständige Erklären, Bearbeiten und Ordnen bekannter Sachverhalte und das selbständige Anwenden und Übertragen des Gelernten auf vergleichbare Sachverhalte.
- Im Anforderungsbereich III geht es um selbständiges problembezogenes Denken, Urteilen und Begründen.

Am sichersten meßbar sind Lernerfolge im Anforderungsbereich I (Wissen) und II (Anwenden und Erklären).

Bei Aufgaben im Anforderungsbereich III werden nur die Qualität der Begründung, die Stichhaltigkeit, Ausgewogenheit und Differenziertheit seiner Argumentation gewertet. Die politischen Einstellungen der Schülerinnen und Schüler unterliegen nicht der Leistungsbewertung.

Aufgaben müssen so gestellt werden, daß die Schülerinnen und Schüler in der Kursstufe zunehmend an Anforderungen der Abiturprüfung herangeführt werden.

Die Leistungsbewertung im Fach Sozialkunde setzt sich zusammen aus den Ergebnissen schriftlicher Lernerfolgskontrollen, aus der Mitarbeit im Unterricht und aus den fachspezifischen Leistungen.

Schriftliche Arbeiten und Klausuren

Anzahl und Dauer der schriftlichen Arbeiten und Klausuren sind, solange durch Verordnung keine andere Regelung bestimmt ist, von der Fachkonferenz festzulegen.

In den Klassen 8 - 10 sind in der Regel zwei schriftliche Arbeiten im Schulhalbjahr zu schreiben, deren Dauer im Höchstfall jeweils eine Unterrichtsstunde beträgt. In der Kursstufe sollten pro Kurs zwei Klausuren mit zwei- bis dreistündiger Dauer geschrieben werden.

Bei ihrer Gestaltung und Bewertung sind folgende Grundsätze zu beachten:

- Die Aufgaben sollen materialgebunden sein.
- Zu den Materialien werden Teilaufgaben gestellt, die jedoch nicht zu kleinschrittig formuliert werden sollen.
- Die Aufgaben sollen alle drei Anforderungsbereiche berücksichtigen; der Schwerpunkt liegt im Anforderungsbereich II.
- Die Aufgaben werden je nach Anforderungsbereich, Umfang und Schwierigkeit unterschiedlich gewichtet.
- Die Gesamtbewertung der Klausur setzt sich aus den Bewertungen der einzelnen Aufgaben zusammen.
- Schwerwiegende und gehäufte Verstöße gegen die sprachliche Richtigkeit (Grammatik, Ausdruck, Rechtschreibung, Zeichensetzung) oder gegen die äußere Form gelten als leistungsmindernde Faktoren.

Die schriftlichen Arbeiten und Klausuren sind im Umfang, in der Aufgabenstellung und im Schwierigkeitsgrad den jahrgangs- bzw. kursspezifischen Lernanforderungen anzupassen. Ihr Anteil an der Halbjahreszensur soll nicht mehr als 50 Prozent betragen.

Mitarbeit im Unterricht

Als Formen der Mitarbeit im Unterricht sind zu bewerten:

- selbständige, auf Unterrichtsinhalte bezogene Beiträge zum Unterrichtsgespräch,
- inhaltsbezogene Beiträge auf Anfragen des Lehrers,
- Unterrichtsvor- und Nachbereitung,
- Sonderaufgaben (Protokolle, Referate u.a.)
- Beteiligung an der Verfahrensdiskussion,
- kurze schriftliche Arbeiten.

Folgende Beiträge zum Unterrichtsgespräch lassen sich unterscheiden:

- Kenntnis und Anwendung von Fakten, Begriffen und Erklärungsansätzen,
- sachgerechtes Analysieren von Materialien,
- Erkennen von Zusammenhängen und Erfassen von Problemen,
- Aufstellen und Überprüfen von Hypothesen,
- abwägend begründete Stellungnahme,
- Ausdrucksfähigkeit.

Für das Schülerreferat können als Kriterien gelten:

- Gliederung des Vortrages,
- Herausstellen des Wesentlichen
- Richtigkeit der Information,
- Angemessenheit der Interpretation,
- korrektes Zitieren,
- präzise sprachliche Darbietung,
- auf die Mitschüler bezogene Vortragsweise,
- kompetente Beantwortung von Rückfragen.

Je sorgfältiger Leistungsanforderungen in der Lerndiagnose voneinander unterschieden werden, desto einsichtiger wird der Schülerin/ dem Schüler die Beurteilung und desto eher sind Lernfortschritte zu erreichen.

Garloff 40 600